Nürnberg,
Dienstag, den 22 September 1931

Vierteljahresabonnement 1.50 RM. Für Nichtmitglieder zur Postbezug. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliches ausgeschlossen) 0.40 RM. Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß: Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403. — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle: Essenweinstraße 1. — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23909. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4, Abholfach

Der Schuhmacher

Nr. 39
45. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Hebt der Preisdruck den Schuhverbrauch?

Der Trugschluß mit dem Lohnabbau

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in Ausgabe 2 seiner Vierteljahrshefte einen Ueberblick über die Entwicklung der deutschen Leder- und Schuhindustrie und kommt bei dieser Gelegenheit schließlich zu einer Untersuchung, welche Aussichten sich der Schuhindustrie im kommenden Herbste bieten werden. Zunächst vermerkt das Konjunkturforschungsinstitut, daß der saisonmäßige Höhepunkt der Schuhproduktion in der zweiten Jahreshälfte in den Monaten September auf Oktober zu suchen ist, und sagt dann in bezug auf die Aussichten in diesem Jahre folgendes:

„... Man wird aus Gründen der Zinsersparnis (seitens der Schuhfabriken) versuchen, den Verarbeitungstermin möglichst nahe an den Einkaufstermin des (Schuh-)Handels zu legen, so daß unter Umständen die übliche Saisonbelebung später als in früheren Jahren eintreten wird. **Sehr ausgeprägt dürfte diese Produktionszunahme nicht sein, zumal der von 1928 bis 1930 um rund 20 Proz. geschrumpfte (Schuh-)Verbrauch** noch kein Anzeichen einer Belebung erkennen läßt ..."

Eine günstige Prognose wird seitens des Konjunkturforschungsinstituts der Schuhindustrie demnach nicht gestellt. Der Absatz in Schuhwaren unterliegt immer noch einem hochgradigen Schrumpfungsprozeß.

Wir haben demnach eine höchst merkwürdige Tatsache zu verzeichnen: Die Anstrengungen der Schuhfabrikanten, durch den Preisabbau den Warenabsatz zu heben sind fehlgeschlagen. Die Schuhpreise haben unbestritten einen außerordentlichen Rückgang erfahren. Die Lohnabbaukampagne mit ihrem Ziel des Preisabbaus und der Absatzsteigerung hat ihren Zweck demnach nicht erreichen können.

Warum das so gekommen ist, sagen uns ebenfalls Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts. Diese halbamtliche Stelle stellt in einer ihrer jüngsten Veröffentlichungen fest, daß der **Schrumpfungsprozeß des Einkommens der Arbeitnehmer** im zweiten Vierteljahr 1931 nach ganz vorsichtiger Schätzung mit etwa 1¼ Milliarden Mark zu veranschlagen ist. Das bedeutet einen Rückgang des Masseneinkommens gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 12 Prozent. Für das erste Halbjahr 1931 wird der Einkommensausfall auf etwa 3 Milliarden Mark geschätzt. Tatsächlich ist das Nominaleinkommen der Arbeiter und Angestellten wohl noch stärker gesunken.

Der Warenabsatz — und das gilt insbesondere für Verbrauchsartikel wie Schuhwerk usw. — hängt letzten Endes aber von dem allgemeinen Stand der Massenkaufkraft ab. Lohn- und Gehaltssenkungen, dauchen aber noch weitere Senkungen der Nominaleinkommen durch neue Steuern und Abgaben (Bürgersteuer, Krisenlohnsteuer, weitere Erhöhung der Sozialabzüge) haben die Massenkaufkraft geschwächt und trotz erheblicher Preissenkungen eine Verbesserung der Lage auf dem Handelsmarkt für Schuhe verhindert.

Die Sachlage ist von einsichtigen Kreisen der Schuhfabrikanten zum Anlaß genommen worden, warnende Stimmen zu erheben gegen die Idee des grenzenlosen Preisabbaues. Die „Schuhfabrikanten-Zeitung" bemerkte, daß sie eine Reihe Informationen erhalten habe, die zur Veröffentlichung nicht bestimmt sind. Aber alle jene Aeußerungen, die sie der Oeffentlichkeit übergibt, stimmen überein in der Auffassung, daß die Schuhverkaufspreise bereits zu sehr herabgewirtschaftet seien. Es sei leider so — so heißt es in einer der Aeußerungen —, daß man mit Grauen den völligen Ruin eines ehemals gesunden Industriezweiges voraussehen muß".

Diese eindringlichen Warnungen und ernsthaften Mahnungen haben aber leider bisher nicht überall zur Selbstbesinnung angeregt. Immer wieder hört man von Fabrikanten, die Rettung suchen wollen im noch weiter getriebenen Preisabbau. In der Regel versuchen diese durch **weiteren Lohndruck** ihrem Ziele näher zu kommen. Sie machen ihren Arbeitern vor, sie würden größere Einzelaufträge hereinnehmen können, **wenn nur zu niedrigeren** Lohnsätzen gearbeitet werden könnte.

Diese Idee, lediglich auf Kosten des Faktors Arbeitslohn eine neue Konkurrenz zu eröffnen, ist der Anfang auf einer recht schiefen Bahn. Wenn es richtig ist, daß der Umfang von dem Bedarf und der Massenkaufkraft abhängt — und es ist tatsächlich so —, dann wird mit derartigen Manipulationen, die die Kalkulation tatsächlich auf des Messers Schneide setzen, gar nichts gewonnen. Das Volumen der allgemeinen Warenproduktion würde kaum wesentlich erweitert werden können. Der eine Fabrikant nähme lediglich durch Preisunterbietungen dem anderen den Auftrag aus der Hand. Das könnte aber wohl auch nur einmal geschehen. Der Konkurrent würde auf Mittel und Wege sinnen, es ihm gleichzutun. Am Ende würde man zu einer Warenkalkulation gelangen, die den Grad des Möglichen überschreitet und jedes erträgliche Geschäftsergebnis in Frage stellen würde.

Die Lohnabbau Idee ist theoretisch verbunden worden mit der Frage des allgemeinen Preisabbaues. Keiner ihrer Verfechter hatte damit gerechnet, daß der Weg der Lohnsenkung uns noch weiter in die Krise hineinführen würde. Tatsächlich ist das aber eingetreten. Wenn es — um ein Beispiel zu gebrauchen — gelingen würde, die Lohnsätze auf der ganzen Linie um, sagen wir, 5 Prozent zu senken, so ist damit die Massenkaufkraft auf der ganzen Linie ebenfalls gesenkt. Es wäre dann, theoretisch gesehen, alles auf dem alten Stand.

Diese Betrachtung führt aber noch nicht auf den Kern der Dinge. Die Praxis ist zur Lehrmeisterin geworden. Die große Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger — und das ist gerade für die Fertigwarenindustrie bedeutsam — gilt auch immer als die bedeutendste Käuferschicht. Die Lohnsenkungstheorie in Verbindung mit der Preissenkungstheorie wäre richtig gewesen, wenn

in der Praxis auf breitester Basis eine entsprechende Preissenkung sich durchgesetzt haben würde.

Aber das ist eben nicht der Fall. Es steht unumwunden fest, daß die Preisbewegung nach unten, wie wir sie in Deutschland erleben, sich nicht in gleichmäßiger Form entwickelt hat. Bei den kartellmäßig gebundenen Preisen bewegt sich der Preisrückgang in ganz engen Grenzen. Das sollte insbesondere den Bedarfsgüterindustrien zu denken geben. Unter anderem ist es sehr kennzeichnend, daß der Kohlenbergbau das in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gemachte Millionenangebot in Gestalt der Befreiung von den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen mit der Bedingung einer Senkung des Kohlenpreises nicht angenommen hat, sondern lieber Millionen und aber Millionen Tonnen weiter unverwertet auf den Halden liegen läßt und die Produktion weiter einschränkt. Bei der gegenwärtigen Preislage muß diese Handlungsweise doch wohl das bessere Geschäft gegenüber dem Millionengeschenk der Regierung sein. Aber die **Reichsbahn kann ihre Frachten nicht senken, die Elektrizitätswerke können ihre Tarife nicht ermäßigen, die verarbeitende Industrie kann ihre Produktionskosten, soweit sie auf dem Kohlenpreis beruhen, nicht mindern,** weil es den Herren Kohlenbaronen so gefällt und sie es aushalten können.

Das ist nur ein Beispiel aus der jüngsten innerdeutschen Preisentwicklung, aber es ist eines, das wiederum die Fertigwareindustrie besonders interessieren muß.

Es wäre Selbstmord für eine einzelne Industrie, wenn sie in der Preisabbaufrage den allgemeinen Rahmen zu sehr überspringen würde. Es kann in einem Sechstagerennen nicht ein Pferd schneller laufen wollen, als die übrigen; es würde zurückgerissen und wohl gar zu Fall gebracht. Was aber schließlich noch entscheidend ist, die Preisabbaufrage ist ja nicht eine innerdeutsche Frage oder eine solche, die ausschließlich mit der Lohnfrage verknüpft erscheint. Die Preisrevolution der Jetztzeit **hängt eng zusammen mit**

5. Heraufsetzung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung auf 6,5 Prozent,
6. Einführung der Bürgersteuer, der Ledigensteuer und der Krisenlohnsteuer.

Zu beachten ist weiter, daß im allgemeinen bei den breiten Massen nicht das Einzeleinkommen entscheidet, sondern das Familieneinkommen. Die Familie mit Vater, Mutter und Kindern ist eine **soziale Einheit.** Jeder steuert zu den gemeinsamen Ausgaben. Die Arbeitslosigkeit des einzelnen Familienmitgliedes wirkt sich auf das Lebenshaltungsniveau der gesamten Familie aus. So bleibt zuletzt nur noch das sogenannte Einkommensfundament, das, was zum Leben überhaupt nicht entbehrt werden kann. Die „Einkommensspitzen", die konjunkturbildende Kaufkraft, also der kleine Ueberschuß des Einkommens, der noch der Deckung des Lebensnotwendigen übrig bleibt, wird durch die Krise zerstört.

Richtig ist, daß jetzt neben Lohnen und Gehaltern auch die Preise weiter zurückgehen. Aber damit ist **noch nichts gebessert.** (Es wäre ja hanebuchen, wenn gar nichts davon zu merken wäre.) Erst dann, wenn zusätzliche Kaufkraft entsteht, also wenn der reale Wert des Masseneinkommens gegenüber den Preisen zunimmt, tritt verstärkte Kaufkraft und konjunkturelle Veränderung ein. Wir wissen, daß dabei das Schicksal der breiten Massen in Deutschland unlösbar mit den Sorgen der breiten Massen in anderen Staaten verknüpft ist. Wir benötigen aber auch soziales Verstand bei der derzeitigen Reichsregierung.

Auffällige Ungleichmäßigkeit im Preisabbau

Nachfolgende Tabellen verdienen recht sorgfältig gelesen zu werden. Sie beleuchten unsere gegenwärtige Situation und die amtliche Politik geradezu schlaglichtartig.

Indexziffern der Großhandelspreise (1913 = 100)

Vergleich zwischen dem Jahresdurchschnitt 1927 und dem Stande vom 15. Juli 1931 in Prozent von 1927.

	Minus Prozent
I. Agrarstoffe	
1. Pflanzliche Nahrungsmittel	— 16,2
2. Vieh	— 26,0
3. Bücherzeugnisse	— 25,4
4. Futtermittel	— 27,7
Agrarstoffe zusammen	— 22,3
II. Kolonialwaren	— 25,4
III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	
6. Kohle	— 0,6
7. Eisenrohstoffe und Eisen	— 8,1
8. Metalle (außer Eisen)	— 38,6
9. Textilien	— 48,1
10. Häute und Leder	— 33,3
11. Chemikalien	— 5,0
12. Künstliche Düngemittel	— 12,1
13. Technische Oele und Fette	— 9,3
14. Kautschuk	— 78,7
15. Papierstoffe	— 21,9
16. Baustoffe	— 27,4
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren zusammen	— 22,0
IV. Industrielle Fertigwaren	
17. Produktionsmittel	+ 0,3
18. Konsumgüter	— 12,2
Industrielle Fertigwaren zusammen	— 7,4
V. Gesamtindex	— 18,4

Man vergleiche die Preisrückgänge bei den Positionen 6, 7, 11 und 12 mit denen der übrigen Warengattungen. Man sieht: dort, wo Kartelle und Syndikate ausschlaggebend wirksam sind, bewegt sich der Preisrückgang in ganz engen Grenzen, während er bei den anderen Warengattungen unsinnig größer ist.

Arbeitseinkommen und Lebenshaltungsindex

Der Index ist leider nicht eßbar!

Von Kurt Heinig.

Um wesentlich mehr als 12 v. H. ist allerdings das Einkommen der noch in Beschäftigung befindlichen Arbeitnehmer gesunken; bei diesem Einkommen hat die Senkung der Preise den Rückgang des Nominaleinkommens sicher noch nicht zur Hälfte ausgeglichen.

Institut für Konjunkturforschung am 6. Sept. 1931.

Einkommensquerschnitte und Lebenshaltungsziffern, überhaupt alle Theorien der Arbeitsverdienste und der Lebenshaltung mögen rechnerisch richtig sein, sie sagen aber nicht die Wahrheit der realen Tatsachen. Da stehen nunmehr seit einer ganzen Reihe von Jahren auf dem „Index-Tisch" bestimmte Mengen bestimmter Waren beisammen, ihr Handelspreis wird fortlaufend registriert. Was nützen dem Arbeitslosen billigere Butter- und Eierpreise, welchen Vorteil hat er von dem Absinken der Preise qualifizierter Nahrungsmittel? Der Index registriert die Bewegung der Preise an einem Durchschnitt, er sagt nichts über die tatsächlichen Einkäufe der Bevölkerung.

Sicher ist es erfreulich, daß die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die Juli 1930 noch bei 149,3 stand, für Juli 1931 auf 137,4 gesunken ist. (Bis August 1931 sogar auf 134,9.)

Der oberflächliche Beurteiler dieser Zahlen ist leicht geneigt, aus ihnen recht optimistische Schlüsse zu ziehen. Bei der näheren Untersuchung der einzelnen Gruppen der Lebenshaltungsziffer muß sich diese Meinung aber erheblich korrigieren. Tatsächlich sind nämlich diejenigen Teile der Lebenshaltungskosten am stärksten gesunken, die heute bei vielen Millionen Menschen zwangsweise aus den Haushaltungsausgaben so gut wie völlig oder ganz **gestrichen werden mußten!** Die Kosten der Bekleidung sanken seit 1925 um rund 25 Punkte oder ein Siebentel. Bei denjenigen Teilen der Lebenshaltungskosten, die nur sehr wenig oder gar nicht und wenn überhaupt, dann nur mit der Ausgabe einmaliger Sonderkosten (z. B. durch Umzugskosten) herabgedrückt werden können — Beleuchtung, Heizung und im besonderen die Miete — ist die Entwicklung den Bekleidungskosten entgegengesetzt vor sich gegangen. Die **Wohnungskostenziffer** stand 1925 bei 81,5, sie ist jetzt bereits bei 132 angelangt! **Heizung** und **Beleuchtung** standen 1925 bei 139,7, sie stiegen bis auf 151,8 (1930) und stehen jetzt bei 146.

Was nützt es dem Inhaber eines kleinen Einkommens, dem Arbeiter, dem Angestellten und dem Beamten, wenn die Ernährung sich verbilligt, von theoretischer Freude wird niemand satt. Das

Einkommen selbst hat sich fortgesetzt verkleinert,

d. h. seine Kaufmöglichkeiten sind weiter gesunken. Dieser Einkommensabbau setzt sich aus sechs Posten zusammen:

1. **Steigerung der Arbeitslosigkeit, durch die sich die Zahl der Einkommensbezieher vermindert,**
2. **Einschränkung der Arbeitszeit, die den Verdienst der davon Betroffenen erheblich schmälert,**
3. **Senkung der Tariflöhne und Gehälter,**
4. **Abbau der übertariflichen Bezahlung,**

den Umwälzungen am Weltmarkt auf dem Rohstoffgebiet. Mehr als durch die Lohnquote wird der Preis des Schuhwerks bestimmt durch den Material- und Rohstoffpreis. Auch bei verschiedenen anderen Industrien ist das der Fall. Hier stehen wir aber wiederum vor der merkwürdigen Tatsache, daß der innerdeutsche Preisrückgang durch gewisse Beeinflussungen mit der allgemeinen Entwicklung am Weltmarkt nicht gleichen Schritt gehalten hat. Wir erwähnten dies nur kurz, um darauf hinzuweisen, daß das Problem der Preisbildung zur Zeit sehr verwickelt ist. Alles ist noch sehr im Fluß, und diejenigen, die auch später noch verdienen wollen, sollten in ihren Dispositionen sehr vorsichtig sein.

Denjenigen Schuhfabrikanten, die mit dem Mittel weiteren Lohndrucks die Preise beeinflussen wollen, müssen die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers Brüning vom verflossenen Bankiertag ins Gedächtnis zurückgerufen werden:

„Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer wieder durch Lohnsenkung zu heben, bringt keine Rettung. Die Konsumkraft der Bevölkerung würde bei einem solchen Schrumpfungsprozeß immer weiter sinken und die Produktion aufs schwerste schädigen."

Auf die Untersuchung der Frage, ob eine weitere Lohnsenkung überhaupt noch tragbar ist, ist hier nicht eingegangen worden. Es ist das ein Kapitel für sich, das eine gesonderte Behandlung erheischt. Wir behaupten und unterstreichen es: In der Schuhindustrie bildet der derzeitige Lohn die Grenze dessen, um überhaupt die Arbeitskraft lebensfähig zu erhalten. Zur Bekräftigung dessen ein weiteres Beispiel aus der Preisentwicklung:

Neben der Kartellpolitik ist eine der schwersten Hemmungen für eine Anpassung des Preisniveaus an die aus der Krisenlage sich ergebenden Erfordernisse unsere übertriebene Zollpolitik, besonders auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugnisse:

Weizen- und Roggenpreise in Mark je Tonne:

	Weizen cif. Hamburg (ausl.)	Weizen Berlin (inl.)	Roggen Termine-preis Chicago	Roggen Berlin (inl.)	Roggen Polen (poln.)
Mai 1931	98	282	63	198	133
Juni 1931	93	272	62	204	130
Juli 1931	88	242	57	186	109
22. August 1931	83	222	61	169	95

Wenn deutscher Weizen beinahe das Dreifache kostet als unverzollter amerikanischer Weizen frei Hamburg und wenn ähnliche Verhältnisse beim Roggen und den wichtigsten sonstigen landwirtschaftlichen Produkten vorliegen, so zeigt sich hier der krasse Widerspruch zwischen der Lohn- und Gehaltssenkungspolitik auf der einen Seite und der Zollpolitik auf der anderen Seite.

Dem Internationalen Kongreß der Lederarbeiter zum Gruß!

Der Internationale Kongreß der Lederindustriearbeiter wird vom 28. bis 30. September in Prag stattfinden. Der Tagungsraum befindet sich im Vereinshause der tschechischen Ingenieure, „Sia", Prag I, Dvorakovo nabrezi. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf:

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Wahl der Büros.
3. Bericht des Sekretärs: a) Die Lage der Weltwirtschaft; b) die Arbeitslosigkeit in den angeschlossenen Verbänden; c) die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden; d) die Wirtschaftskämpfe der angeschlossenen Verbände; e) die internationale Zusammenarbeit; f) die Mitgliedschaft der Internationalen Vereinigung; g) der Expansionsdrang Batas; h) Kassenbericht.
4. Die Entwicklung der Schuh- und Lederindustrie und die Lage der Arbeiter in der Tschechoslowakei Referent Genosse Valchar, Prag.
5. Die finanzielle Lage der Internationalen Vereinigung in Verbindung mit dem Antrag der skandinavischen Schuhmacher-Verbände auf Erhöhung der Beiträge.
6. Anträge, die nicht unter einen der vorstehenden Punkte fallen.
7. Wahl des Sekretärs und der Mitglieder des Zentralkomitees.

Der 6. Kongreß der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter, dessen Verhandlungen am 28. September in Prag beginnen, tagt in einer Zeit einer schweren weltwirtschaftlichen Depression, größter sozialer Not und politischer Hochspannung. Niemand weiß, welche Wunden die Weltwirtschaftskrise der Wirtschaft und insbesondere ihrer Arbeiterschaft noch schlagen wird und niemand kennt ihr Ende.

Aber das weiß man bestimmt, daß die Wirtschaftskrise den Unternehmern ein willkommener Bundesgenosse im Kampfe gegen die organisierte, vorwärtsstrebende Arbeiterklasse ist.

Jeder wirtschaftliche, soziale und geistige Fortschritt der Arbeiterklasse wird nur dann befestigt, wenn er schließlich international verankert wird. Das wissen und fühlen die Unternehmer und deshalb vermeint die Unternehmerklasse auf der ganzen Welt unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Trostlosigkeit ihre Zeit für gekommen, um gegen die sozialen Errungenschaften Sturm zu laufen. Die verhängnisvolle Lohnabbau-Parole des Unternehmertums verbreitete sich über die ganze Welt. Nicht nur in Deutschland, sondern sozusagen in jedem Industriestaat versagt dagegen die Unternehmerklasse, soweit sie vor die Frage gestellt wird, das Arbeitszeitproblem mit den ungeheueren Rationalisierungsfortschritten in Einklang zu bringen. Ueberall die gleiche volkswirtschaftliche Verständnislosigkeit, die dem Privatkapitalismus an sich innewohnt. Ueberall die Ablehnung jeder Bereitwilligkeit das Mißverhältnis zwischen Gütererzeugung und Konsumkraft zu beseitigen und auf diesem Gebiet eine vernünftige Lösung anzubahnen. Ueberall der Mangel jeder Einsicht, daß einzig eine Wirtschafts- und **Außenpolitik, die das Mißtrauen der Völker abträgt** und die Völker wirtschaftlich und politisch einander näher bringt, sämtlichen Nationen dienlich sein kann. Ueberall in allen Ländern dagegen eine ungebändigte Angriffslust des Unternehmertums, um der Arbeiterklasse ihren Lebensspielraum zu verengern und ihr die errungenen Positionen streitig zu machen.

Gerade diese Zeit des Generalangriffs auf die Arbeiterklasse läßt es nötig erscheinen, daß die Arbeiter sich gedanklich sammeln im nationalen und erst recht im internationalen Maßstabe, um den Anschlägen des Gegners entschlossen und wirksam begegnen zu können. Notzeit zwingt zum Abwehrkampf. Die Not hat tatsächlich in den meisten Industriestaaten das Höchstmaß des noch erträglichen erreicht. Eine seit Jahren anhaltende und immer mehr steigende Arbeitslosigkeit schwingt ihre Geißel über die Arbeiterschaft aller Länder.

Die Ursache all der durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not ist auf die Wirtschaftsanarchie, ist darauf zurückzuführen, daß das kapitalistische System unfähig ist, die Versorgung der Gesellschaft mit den vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen. Die Wirtschaft führer, wie sie sich selbst nennen, d. h. die Industriekapitäne der Welt haben ihre Hilflosigkeit selbst zugeben müssen, weil sie keinen Weg angeben können, der aus der Krise herausführt. Alle kapitalistischen Pläne, wie Lohn- und Gehaltsabbau, Drosselung aller Ausgaben in Staat und Gemeinden, Einstellung des Wohnungsbaues usw. führten nur zur Verschlechterung der Lage.

In einer Weise, die auch dem Gegner Achtung abnötigte, wurden die brennend gewordenen großen Fragen der Weltwirtschaft, der internationalen Kreditpolitik und Weltwirtschaftspolitik vom sozialistischen Gesichtspunkt klargelegt auf dem Wiener Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Diese Tagung zeigte der Welt den Weg ins Freie. Alle großen offiziellen Konferenzen, die sich gleichfalls ernsthaft mit diesen Problemen beschäftigen, kamen zu dem Ergebnis, daß den bisherigen Unzulänglichkeiten in der politischen und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der Völker ein Ende gesetzt werden muß.

Die Beratungen der Arbeiterschaft in den einzelnen Berufsinternationalen werden sich nicht darin erschöpfen, einfach diese letztgenannte Forderung zu wiederholen. Sie werden vielmehr vom Gesichtspunkt jeder einzelnen Industrie das Material beibringen, um den Forderungen einer gegenseitigen vernünftigen Außenhandel-politik noch einmal besonderen Nachdruck zu verleihen.

Auf dem Industriegebiet der Schuh- und Lederbranchen grassiert zur Zeit eine wütende Zollepidemie, die den internationalen Handelsverkehr schwer beeinträchtigt und eine Beseitigung der Unruhe nicht aufkommen läßt. In Nordamerika sind durch empfindliche Zollerhöhungen für die Schuheinfuhr starke Absperrmaßnahmen durchgeführt. Polen hat die Einfuhrsperre für Schuhwaren verhängt. Neuerdings schlägt man in Norwegen und auch in der Schweiz eine starke Erhöhung der Schuhzölle vor. Auch Frankreich trägt sich mit dem Gedanken, Sperrzölle für Schuhe einzuführen. — Der Internationale Kongreß wird sich veranlaßt fühlen, den Beweggründen nachzugehen, die für die fortgesetzten Beunruhigungen auf dem internationalen Handelsgebiet die Ursache bilden. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß die Internationale der Lederindustriearbeiter alle ehrlichen Bemühungen der Regierungen, die der internationalen Verständigung dienen, auf das lebhafteste unterstützen wird.

Eine der vornehmsten Forderungen auch der internationalen Organisation der Lederberufe läuft darauf hinaus, daß auf internationaler Grundlage Ordnung in den sozialpolitischen Verhältnissen der einzelnen Industriestaaten geschaffen wird. Die Unterschiede in dem Fortschritt der Sozialpolitik geben immer erneut Anlaß zur Kritik und mancherlei Beanstandung. Es sollte soweit kommen, daß in jedem Lande ein bestimmtes Mindestmaß von Sozialpolitik als verbrieftes Recht der Arbeitnehmerschaft gewährleistet wird. Dazu zwingt übrigens die neuere ökonomische Entwicklung des Kapitalismus.

Das hunderttürmige Prag

Prag! Eine Stadt, jung und geschäftig, scharf, elegant; amerikanisch anmutende Bauten, Eisen, Beton und Glas —; die Großstadt, die vermittelt zwischen Ost und West! Sprachlich finden sich hier gemeinschaftlich drei Welten: eine tschechische, eine deutsche, eine jüdische; das deutsche Element vertreten etwa mit 30 000 Köpfen unter insgesamt 750 000 Einwohnern. Prag, die tolle, feierliche Stadt der Musikanten und Märtyrer und — der „schönen Mädchen" — nennt sie Raabe.

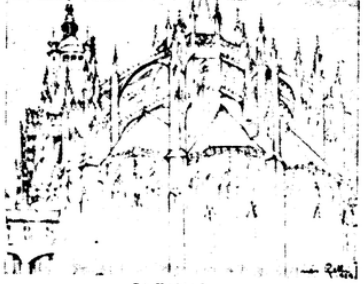
Prag, nach dem Kriege Hauptstadt eines neuen Staates geworden, gewann damit an Entfaltungsmöglichkeit. Die alte Donaumonarchie Oesterreich Ungarn hatte Kultur und Sprache seiner alteingesessenen Volksstämme mißachtet. Die Tschechen und Slowaken litten besonders darunter, da sie rings von deutschsprachigen Stämmen eingeschlossen waren, die sich in der Zurücksetzung und Unterdrückung der Ureinwohner dieser Gebiete besonders hervortaten.

Der Krieg hat der tschechischen und slowakischen Bevölkerung einen eigenen Staat gebracht, wo sie unbedrängt ihren Sitten und ihrer Kultur leben können. Die letzten deutschfeindlichen Ausschreitungen stellen unter den heutigen Verhältnissen ein Zurückfallen in alte Vorurteile dar, die von dem lärmenden **Hurranationalismus, wie er sich** in der letzten Zeit in allen Staaten durch die Erscheinung des Faschismus breitmacht, künstlich wachgehalten werden. Prag ist eine alte, würdige, vor allem auch geschichtereiche Stadt, die zu Studienzwecken zu besuchen sich unter allen Umständen lohnt. Folgt also im Geist der Malerin durch das hunderttürmige Prag und laßt euch durch das Geschrei der Nationalisten nicht abschrecken.

Diese Stadt ist wie ein menschliches Antlitz, triumphierend, andachtig, drohend. Von den Türmen weht der Hauch königlicher Pracht. Unzählige Kirchen steigen wie stolze Pyramiden zum Himmel. In die engen Menschennester der schlupfwinkeligen Altstadt duckt sich noch immer das dunkle, grausame Mittelalter. Und nachts reckt sich riesenhaft das Gespenst des Golem.

Der königliche Hradschin beherrscht die Stadt und sein Schicksal die Geschichte der Generationen zu seinen Füßen. Um die ersten Christen des Landes breitete der gigantische Veitsdom seinen steinernen Mantel. Aus Kriegsverwüstung und Asche erhob sich — 1344 von Meister Matthias von Arras begonnen — der steinerne Gigant reichster, französischer Gotik. Tausend zum Himmel gereckte Pfeiler, wildverschlungen, kühn; ein Meer von Finalen, Kreuzblumen, von höllischfauchenden Wasserspeiern, das Triumphgeschrei fanatischen Glaubens! 1385 schloß Peter Parler aus Schwäbisch-Gmünd die Chorwölbung. Die Hussitenkriege unterbrachen den Weiterbau. Seit 1842 baut man wieder. Und weise deckt die nationalbewußte Gegenwart dem tschechischen Volk diesen Spiegel seiner glorreichen Vergangenheit auf.

Wie ein Streiflicht in die Geschichte Prags ist der Blick in die Säle der alten Königsburg. Hier residierte das Fürsten-



St. Veitsdom

geschlecht der Premysliden, hier stritten nach deutscher Art die Ritter im Turnier, hier sammelte Premysl Ottokar II. die mittelhochdeutschen Dichter an seinem Hof. Hier, im Lichtkreis des Throns Kaiser Karls IV., reift das geistige und künstlerische Leben zur Hochblüte. Aus den breiten Massen hoben die unter deutscher Führung organisierten Zünfte der Dombauhütte, Malerzeche, Plattner und Goldschmiede die edelsten Früchte ihres Handwerks in den Glanz des Hofes empor. Das Erzbistum Prag und die Universität liehen ihm Forschergeist. Es war das „goldene Zeitalter". Keiner von Karls IV. Nachfolgern konnte den Verfall aufhalten. Der Dreißigjährige Krieg mit dem dramatischen Auftakt des Prager Fenstersturzes der Statthalter und Geheimschreiber Slavata, Martinitz und Fabricius mitten in einen unromantischen Misthaufen vor den Burgfenstern — so wills die spöttische Legende — brachte schwere Brandschatzungen, die Schweden entführten wertvolle Kunstschätze, alles lag verdorrt. Aus dieser Oede ragt gebieterisch die Erscheinung Albrechts von Waldstein (Wallenstein), der am Fuße des Hradschin seinen fürstlichen Palast erbaute.

Später übernahm der Jesuitenorden die Führung der Stadt, unzählige Kirchen entstanden. Der Adel baute seine Paläste im reichsten, schwungvollen Barock als stolze Wächter seines Herrenwillens. Die Patrizier zogen lange, prächtige Häuserzeilen von der Burg herab zu den Kleinseitner Brückentürmen, dem geschwärzten, kugeldurchlochten Uralten der ehemaligen Königin Judith Brücke und dem stolzen, 1464 begonnenen Jüngeren, die wie steinerne Fäuste den Aufgang zum König verteidigen. Und herab zu der sechzehnbogigen Karlsbrücke, deren erzene Heilige wie Wunder mittelalterlicher Entrücktheit vor dem lichten Himmel stehen. Auf der Brückenmitte bewacht der Heilige Johann von Nepomuk seine Stadt. An den beiden Karlsgassen, der Brücken- und Spornergasse, ziehen die reichen Fassaden des Bürgerstandes entlang. Von allen Portalen, aus den Höfen, unter den Torbogen lockt tausendfältig barocke Laune und weltliche Verschwendung. Hier ahnt man die Unerschöpflichkeit steingewordener Erfindung.

Melanchthongasse

Ueber die Dächer der Patrizierhäuser — aus dem Säckel der Prager Kaufleute erbaut — ragt die Teynkirche. Edel-einfach, mit strengem Giebelschmuck und kriegerisch-frommer, gotischer Silhouette. Die fleckigen Quadersteine in der lebhaften, dunklen Sprache ihres Materials klingen seltsam zusammen mit der hellen Klarheit des gegiebelten Seminars, das sich schülerhaft an die Kirche anschmiegt. In den Laubengängen sammelten sich die Kaufleute, nachdem sie ihre Waren im Teynhofe hinter der Kirche im alten „Ungeld" verzollt hatten.

Am Rande der Altstadt steht Prags Wahrzeichen, der Pulverturm. Ein düsterer Koloß, dessen kaum gegliederte Schwer-

talismus, dessen Expansionskraft längst nicht mehr halt macht vor den einzelnen Landesgrenzen. Die Unternehmungen mehren sich zusehends, die kapitalistisch auf internationalem Boden stehen.

„Besitz und Eigentum verpflichtet zu Handlungen für das allgemeine Beste" — dieser Gedanke der Staatsverfassung des Deutschen Reiches sollte tatsächlich und international endlich Bedeutung erlangen. Denn wenn das kapitalistische System dazu führt, daß die großen Unternehmungen immer größer werden, die kleinen von den großen beiseite gedrängt sind und große Massen in die proletarischen Schichten sich hinabgestoßen fühlen, dann ist ein neuer Gesellschaftszustand geschaffen, unter dem alle Chancen bei den Großen liegen. Daraus erwächst dann für den Staat als Gemeinwesen die Pflicht, die leistungsfähigen Kreise zu sozialen Verpflichtungen der Allgemeinheit gegenüber heranzuziehen. Deshalb überprüfen die Arbeiterorganisationen international nicht nur, wie es in jedem einzelnen Lande um den Arbeiterschutz, sondern wie es um die Sozialpolitik im allgemeinen bestellt ist.

Der bevorstehenden Prager Tagung der Lederindustriearbeiter bietet sich insbesondere durch die großen ökonomischen und industriellen technischen Aenderungen innerhalb der Lederberufe, die sich in den letzten Jahren überstürzten, ein gewichtiger Beratungsstoff. Es erscheint nicht notwendig, die weiteren Gegenstände der reichhaltigen Tagesordnung einzeln und im voraus einer Betrachtung zu unterziehen. Jedenfalls wird es ein leichtes sein, gestützt auf das Material aus den Industriezentren der verschiedenen Staaten, nachzuweisen, daß infolge der betrieblichen und technischen Rationalisierung die 40-Stunden-Woche überall zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Einen Rückstand im höchsten Grade weisen diejenigen Staaten auf, in denen einzelne Industriebetriebe noch nicht einmal zum Achtstundentag sich durchgerungen haben. Es bestätigt sich von neuem, daß selbst der kleinste Fortschritt, und sei er noch so zeitgemäß, dem Unternehmertum nur in harten Kämpfen abgerungen werden muß.

In allen Ländern sehen wir als internationalen Bürgerblock die Kapitalistenklasse sich rühren zur Anwendung ihrer Macht im reaktionären Sinne. Daraus muß die Arbeiterklasse lernen. Sie muß sich international beraten. Denn der Gegner, der Kapitalismus, bedeutet nicht ein nationales, sondern ein internationales System. Mit brutalen Machtmitteln wird versucht, die Forderungen der Arbeiter niederzuschlagen. Soeben hatten die dänischen Schuharbeiter eine Aussperrung durchzukämpfen, von der an die 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen waren. Im Industriezentrum von Limoges (Frankreich) wurden durch einen Willkürakt des Unternehmertums, eines einfachen Konfliktsfalles wegen, 5500 Schuharbeiter und -arbeiterinnen auf die Straße gesetzt. In Norwegen tobte seit nunmehr 6 Monaten ein gewaltiger Abwehrkampf, bei dem die Arbeiterschaft der Schuhindustrie in vollem Umfange in Mitleidenschaft gezogen war.

Diese Vorkommnisse geben der internationalen Verbindung der Arbeiterschaft der Lederberufe Veranlassung, die Frage der direkten gegenseitigen Hilfsaktion von neuem in den Bereich der Erörterungen zu ziehen. Schon mehrfach hat die Internationale aktiv bei wirtschaftlichen Kämpfen international eingegriffen und unverbesserlichen Scharfmachern auf der Gegenseite gezeigt, was Arbeitersolidarität im internationalen Maßstabe zu bedeuten hat.

Der Internationale Kongreß in Prag wird nach Gesichtspunkten verschiedener Art die Waffen zu überprüfen haben, mit dem die Organisationen ihren Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgreich zu führen vermögen. Im gegenseitigen Meinungsaustausch, in der Verwertung von Erfahrungen in den verschiedenen Ländern soll die internationale Vereinigung den angeschlossenen Organisationen neue Wege weisen und neue Waffen schmieden helfen. Wir sind überzeugt, daß der Internationale Kongreß mit dem besten Willen und mit allem Eifer an diese Aufgaben herangehen wird.

Die Zeiten sind hart. Um so enger muß die Arbeiterschaft auch im internationalen Sinne zusammenstehen.

Mögen die Beratungen in Prag gute Früchte zeitigen. Mögen sie sich auswirken zu Nutz und Frommen aller Arbeiter, die in den angeschlossenen Organisationen vereinigt sind. In diesem Sinne wünschen wir der Prager Zusammenkunft besten Erfolg!

Kollegen!
Verbreitet den Schuhmacher auch unter den Arbeitslosen!

Für die Gewerkschaftsjugend

Arbeiterjugendtag in Frankfurt

Zug der 20 000!

Viel Tausend marschierten in Achterreih!
Eine Stunde verrann, und noch immer vorbei
Zogen die jungen Scharen!

Mit Pfeifenklang und mit Trommelschlag!
Und die Nacht ward hell wie Sonnentag!
Viel Tausend Fackeln brannten!

Viel hundert Fahnen rot wie Blut
Leuchteten auf in des Feuers Glut.
Und 20 000 sangen!

Sie sangen ein trutzig Kampflied dem Krieg,
Sie gelobten, daß einstens unser der Sieg,
Der Sieg der roten Fahnen!

Zu Frankfurt wars. Da schwuren aufs neu
Der Befreiung der Arbeit ewige Treu
Wohl an die Zwanzigtausend!

Max Ed-Troll.

Trotziger Glaube

Wer von starkem Wollen durchdrungen ist, der hat auch die Kraft, aus dem Wollen zu schaffen. Ich will — und es wird. Wir wollen — und wir werden es schaffen! Und wir wollen, weil uns ein glühendes menschliches Fühlen erfüllt.

Auch du sollst es besser haben als heute, Bruder. Auch du, Menschenschwester, sollst dich erfreuen können eines schöneren Zusammenseins. Euch allen, die ihr entehrt seid, werde das Recht!

Liebe des Menschen zum Menschen ist es, die uns bewegt. Aus heiligem Einsgefühl mit allem Leben lieben wir Leben, streben wir alle für Leben, kämpfen wir alle für Lebensrecht.

Wer da zweifelt am großen Werden der Zukunft, der hat nicht die große Liebe zum Menschen, die da vollbringen kann.

Bisher wurde die Liebe entweiht. Zum Almosengeben ward sie erniedrigt. Während die echte, große und starke Liebe schafft und will. Und überwindet. Und gestaltet. Und erreicht. Allem zum Trotz.

Schweigt, ihr Schwächlinge und ihr Nörgler! Ihr habt nicht die große Liebe zum Menschen, die da alles kann.

Nur wer die Menschheit liebt, ist Schöpfer, ist Vollender. Unser Glaube an das Ideal der Menschlichkeit, der Wahrheit und der Schönheit ist der Feuerborn unseres Sieges. Und wir stehen zum Banner in solidarischer Kraft. Und erreichen, von stärkstem Glauben durchdrungen, das Unmögliche.

Hetze gegen die Jugend

Der als Dokumentenfälscher entlarvte Herausgeber des „Fridericus", F. C. Holtz, hat in einer ganz ungehörigen Form die Arbeiterjugend heruntergerissen. Ohne Einsicht und Verständnis für die Lage unserer arbeitslosen Jugendlichen pöbelt er sie an als „Lümmel, Mob und Straßendiebe", denen man die „Hosen strammziehen" und „empfindlich klarmachen" müsse, daß sie zum Arbeiten da sind. Es sei Pflicht des Staates, „die Lümmelhaftigkeit und alles, was mit der Erwerbslosigkeit zusammenhängt, mit Stumpf und Stiel auszurotten". Die Mehrzahl der Verbrecher seien Jugendliche, „sie haben ehrliche Arbeit niemals gekannt, sondern sich nur deswegen erwerbslos gemeldet, weil sie auf diese Weise einmal Geld bekommen, das sie nicht zu stehlen brauchen".

Herr Holtz, der diese vollendete Geschmacklosigkeit schreibt, scheint Tag und Nacht den Zeitpunkt herbeizusehnen, wo der Krückstock des Fridericus Rex wieder für „Ordnung" sorgt, der Krückstock, den Herr Holtz und seinesgleichen gegen die Proletarierjugend gebrauchen wollen. Wie wäre es, wenn Herr Holtz gewissermaßen zum Training den Hitlerjünglingen für ihre Roudytaten öfter mal die Hosen strammziehen würde? Oder sind das nationale Taten?

Mit diesem Herrn Holtz und seinem „Fridericus" waren am 9. August die Kommunisten im Kampf verbündet gegen das republikanische Preußen. Junge Arbeiter, junge Arbeiterinnen und Lehrlinge, vergeßt diese Schande einer Auch-arbeiterpartei nicht, die Arm in Arm geht mit Leuten, die für euch die Prügelstrafe herbeisehnen.

Erfreulich ist, daß die Arbeiterschaft reif geworden ist und der faschistisch-kommunistischen Reaktion bei dem preußischen Volksentscheid einen gehörigen Denkzettel verabreicht hat.

Arbeitsverträge Minderjähriger

Schließt der Minderjährige einen Arbeitsvertrag ohne die erforderliche Einwilligung des Vaters oder gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit von der Genehmigung ab. Ermächtigt der

---

fälligkeit der überreiche Reliefschmuck der Spätgotik nicht mildert. 1475, Montag nach Palmarum, legte Matthias Rayssk von Prostiejow den Grundstein zu dem breitspurigen Steinwächter am Eingang der Judenstadt. Aus dem Schlaf der Vergangenheit stöhnt diese verzauberte Welt geheimer Höfe mit

Teynkirche

überschattenden, geblendeten Fensteraugen, den lasterhaften, verschimmelten Häusern, die ihre Köpfe über den gepreßten Gäßchen zusammenstecken. Aus den Toreinfahrten, die uralte Gettogestalten aufschlucken, aus den Spelunken, die nachts fremdartig aufwachen, aus den Augen der Judenknaben starrt unergründliche, wissende Hoffnungslosigkeit ewiger Verfolgung in die Gegenwart. Diese Stimmen des großen Vorwurfs mögen dem Soziologen zu denken geben.

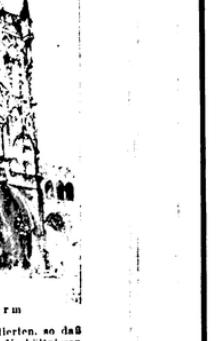
Denn das Zeitalter des Kapitalismus beschattet nun auch hier das Geschehen. Uralte Vergangenheit, sprudelnde Gegenwart, trächtige Zukunft, so sieht es der oberflächliche Beschauer; im Untergrunde drücken auch hier die großen Gegensätze der sozialen Frage dem Daseln der Menschen ihren Stempel auf.

Von dem historischen Rückblick nun zur Gegenwart. — Der nach dem Kriege erstandene neue Staat mußte natürlich die republikanische Staatsform wählen. Unter dem Druck der Ereignisse zeigte Verfassung und Gesetzgebung sozial fortschrittliche Züge. Sozialpolitisch waren gute Ansätze erzielt. Fragen der Betriebsdemokratie, des Arbeiterrechts und Arbeiterschutzes, die Arbeiterurlaubsfrage und die Sozialversicherung wurden beherzt in Angriff genommen.

Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen brachten jedoch auch hier manche Rückschläge. Wie weit Uneinigkeit und politische Zersplitterung der Arbeiterklasse hieran die Schuld trug, mag hier unerörtert bleiben.

Wir glauben trotz dem Widerstand der Gegner an die Zukunft des Sozialismus! Der Sozialismus allein vermag die Geister zu einen und die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen, selbst über sprachliche und sonstige Unterschiede hinweg! In diesem Sinne konsolidiert sich die sozialistische Bewegung. Die tschechoslowakische sozialistische Arbeitervertretung verfolgt mit Zähigkeit und Ausdauer die Politik des sozialen Fortschritts. So ist es der gemeinsamen Arbeit der deutschen und tschechischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gelungen, nicht nur weitere Verschlechterungen abzuwehren, sondern es konnte eine wesentliche Verbesserung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes erreicht werden. Die Unterstützungsdauer wurde von 13 auf 26 bzw. 39 Wochen verlängert. Bedeutsam ist der gemeinsame Vorstoß der genannten sozialistischen Parteien auf dem Gebiet der Arbeitszeitgesetzgebung. Eine Gesundung verzeichnet die tschechoslowakische Arbeiterbewegung auch auf gewerkschaftlichem Gebiet. — In den Jahren 1922/23 stand die Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei vollkommen unter dem Einfluß der Bolschewisten — beide Bewegungen, die politische und die gewerkschaftliche wurden gespalten. Die kommunistischen Gewerkschaften erstarkten und rühmten sich damals einer Anhängerschaft von mehr als 300 000. Amsterdam wurde in den Hintergrund gedrängt. Aber die wirtschaftlichen Folgen für die Arbeiterschaft waren verhängnisvoll: ein allgemeiner Lohnabbau setzte die Löhne um 20 bis 30 Prozent herab mit der Begründung, daß die Stabilisierung der Währung einen allgemeinen Preisabbau mit sich bringen würde. Der Preisabbau ist aber bis heute ausgeblieben.

Seit dieser Zeit hat die Arbeiterschaft dieses Landes noch viele andere bittere Erfahrungen machen müssen. Die Apostel des Bolschewismus gerieten sich im Laufe der Jahre immer heftiger in die Haare, die Interessen der Mitglieder wurden zunehmend vernachlässigt, das Verbandsvermögen verschleudert, und schließlich die kommunistische Gewerkschaftsbewegung selbst gespalten. Die unentwegten Anhänger Moskaus gründeten eigene Verbände, während sich die besonnenen Köpfe unter den kommunistischen Führern nach ihren Kameraden von der sozialistischen Seite umsahen. Der aufopfernden Arbeit der sozialistischen Gewerkschaftsführer ist es gelungen, ihre Verbände so zu festigen, daß sie dem Arbeiter Schutz gegen die wirtschaftlichen Nöte bieten können. Im vergangenen Jahre ist es zur Auflösung eines Teiles der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung gekommen. Diese hatte sich, wie gesagt, gespalten. Während ein Teil weiterhin auf Moskau schwört, hat ein ausschlaggebender Teil den Uebertritt zu den freien Gewerkschaften vollzogen. Der Verband der Schuh- und Lederarbeiter — Unie Kozedelniku — hat auf diese Weise 500 Mitglieder übernommen; das ist der Rest einer früher stattlichen Mitgliederzahl. Fast zehn Jahre hindurch hat man Kraft und Geld verschwendet, um sich gegenseitig zu bekämpfen und damit die Arbeiter in ihrem Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung irre gemacht. Tausende Arbeiter unserer Industrie, die früher organisiert waren, haben dem Verbandsleben den Rücken gekehrt und standen den Gewerkschaften angesichts der Spaltertätigkeit gleichgültig gegenüber. Ein Umschwung hat sich bereits angebahnt. Der Verband der Schuh- und Lederarbeiter erweist sich erfolgreich als Hort der Interessen der Berufskollegen. Auf gesetzlicher Basis dazu veranlaßt hat die größte Firma, Bata, die Fünf-Tage-Woche eingeführt, mit 45 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit. — Der Lederarbeiterverband (Unie Kozedelniku) hat gleichzeitig dahin gewirkt, daß zwei andere Firmen die verkürzte Arbeitszeit akzeptierten, so daß im ganzen 21 000 Arbeiter unter diesen Verhältnissen arbeiten.



Pulverturm

Alle Zweige der Schuh- und Lederindustrie, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, haben zur Zeit unter Mangel an Absatz zu leiden. Eine Besserung der Beschäftigungslage dürfte indessen auch für die Arbeiterorganisationen einen Aufschwung bringen. Die Zentrale Prag, ein Knotenpunkt der schaffenden Arbeit, ist auch das Zentrum einer emporsteigenden Arbeiterbewegung.

Wir hoffen, daß es weiter vorwärts geht in diesem entwicklungsfähigen Lande, das so viele Jahre das abschreckende Beispiel der Zersplitterung gegeben hat.

gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder in Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Ausgenommen sind Verträge, zu denen der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf. Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden. Tr. M.

Lujo Brentano gestorben

Ein treuer Freund der Gewerkschaften

Von Regierungsdirektor Dr. Theodor Cassau

Mit Lujo Brentano, der am 9. September im 87. Lebensjahr in München gestorben ist, ist der letzte Kämpfer aus der Reihe der sozialpolitisch und sozialfortschrittlich eingestellten bürgerlichen Nationalökonomen dahingegangen. Die organisierte Arbeiterschaft hat ganz besonderen Anlaß, dieses Mannes zu gedenken, denn keiner seiner Mitarbeiter und Kampfgenossen hat so wie er vom Anfang der siebziger Jahre bis in die allerletzte Zeit immer wieder seine Stimme erhoben, wenn Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung erörtert wurden und Gefahr drohte, daß die Oeffentlichkeit eine einseitige, arbeiterfeindliche Stellung einnahm. Brentano wurde 1844 in Aschaffenburg geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie, die zwei Generationen vorher aus Oberitalien nach Deutschland gezogen war. Nachdem er 1867 mit einer Arbeit über Thünens „Isolierten Staat", in der er bereits das Lohnproblem untersuchte, den Doktortitel erworben hatte, begleitete er ein Jahr später den bekannten Statistiker Engel auf einer Studienreise nach England. Die Frucht dieser Studienreise, also Brentanos Erstlingsarbeit: „Die Arbeitergilden der Gegenwart" machte ihn nicht nur sofort bekannt, sondern ist noch heute nahezu 60 Jahre nach ihrem Erscheinen das Werk, an das wenig Werke denken, wenn sie den Namen Brentano hören.

Brentano hatte mit diesem Buche das Kernproblem der damaligen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung angeschnitten. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre waren in Deutschland die ersten Gewerkschaften entstanden. Das wirtschaftliche Deutschland jener Zeit erlebte einen Aufschwung, der etwa mit der weltwirtschaftlichen Aufwärtung in den Jahrzehnten vor dem Kriege zu vergleichen ist. Aus dem politisch zersplitterten Agrarland Deutschland, in dem in einigen Gegenden alte Industrie bestand (Niederrhein) und in einigen anderen Gebieten neue Industrien wie der Maschinenbau aufkamen, wurde jetzt das große Industrieland. Es wurden mehr Menschen in die gewerbliche Arbeit hineingezogen und die gewerblichen Betriebe wurden größer. Neben Handwerk und industriellem Kleinbetrieb entstand die Großindustrie, bei weitem nicht zu vergleichen mit unseren heutigen Riesenbetrieben, aber doch eine Entwicklung, die schon ihre ernsthaften Probleme brachte und vor allem die Arbeiterfrage entstehen ließ. In dieser Zeit des Werdens, in der weite Kreise unruhig und besorgt fragten, wohin diese dem deutschen Spießer neuen und ungewohnten Erscheinungen wie Lohnkämpfe mit Arbeitseinstellung noch führen sollten, zog Brentano wie mancher andere nach England. Die Englandreise spielte für die deutsche Wirtschaft damals eine ähnliche Rolle wie in den letzten Jahren die Besichtigung des „Amerikanischen Wirtschaftswunders". Englands industrielle Entwicklung hatte ein halbes Jahrhundert älter, und es war wirklich das gegebene Studienland für Deutschland.

Der Verstorbene entdeckte in England die Gewerkschaften und beschrieb sie in englischer Sprache, bevor noch seine Arbeitergilden in Deutschland heraus kamen. Mit deutscher Gründlichkeit vertiefte er sich sofort auch in ihr geschichtliches Werden und wurde damit ähnlich wie die großen Rechtshistoriker vor ihm (Gneist) auch der in England anerkannte deutsche Forscher für englische Geschichte. Doch viel wichtiger als diese mit Recht berühmte wissenschaftliche Arbeit ist das, was Brentano über das Sachliche und Fachliche hinaus sah und lernte. Der Kampf der Gewerkschaften um ihre Anerkennung hatte in England bereits vor Jahrzehnten gespielt. Der Kampf um die Sozialpolitik war damals seit Jahrzehnten schon in vollem Gange. Die Not der vierziger Jahre, der Kampf des Chartismus, hatten nicht große, aber sehr rührige bürgerliche Schichten auf die Not der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und das soziale Gewissen geweckt. Brentano kam in enge Fühlung mit diesen Sozialreformern und sah nicht nur den Manchestermann, der jede Staatseinmischung in die Wirtschaft ablehnte, sondern auch seinen Gegner. Für ihn war nicht das England der Praxis das Muster wie für den deutschen Unternehmer, sondern das geistig kämpfende England, das sich von der Flachheit des Manchesterturns freimachte.

Diese englische Ernsthaftigkeit bestimmte für die nächsten Jahre sein Wirken und wohl darüber hinaus seine gesamte Persönlichkeit. Die aufstrebende deutsche Industrie war freihandlerisch, denn sie wollte selbst exportieren, genau so wie die deutsche Landwirtschaft freihandlerisch war, als der Export nach England bei ihr eine Rolle spielte. So nahm die deutsche Industrie mit Wonne die englische Freihandeltheorie auf. Aber die deutsche Industrie nahm mit eben solcher Wonne die Anwendung der Freihandelslehre auf die Sozialpolitik auf: freies Spiel der Kräfte, keine Sozialpolitik, kein Einmischen des Staates in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gegen diese flache Nachahmung von Englands Praxis durch Interessenten, die sich dafür fälschlich als fortschrittlich frisierten, emporte sich Brentano. Er war Freihandler, er gab für Deutschland die klassische Formulierung des Grunde für den Freihandel. Er blieb auch Freihandler und kämpfte noch im Kriege und auch nach dem Kriege gegen den Gedanken der Autarkie, der von agrarischer Seite so immer wieder propagiert wird.

Brentano war niemals Sozialist. Er hat gegen Marx zeitweise mit großer Heftigkeit polemisiert. Er war unbedingter Anhänger privatkapitalistischer Wirtschaft, aber er hatte von dem „freien Spiel der Kräfte" und seinen Wirkungen in England genau erlebt, um zwei Notwendigkeiten mit absoluter Klarheit und Deutlichkeit zu sehen. Erstens: von einem freien Spiel der Kräfte kann überhaupt erst die Rede sein, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen und als Einheit mit dem Arbeitgeber unterhandeln, der in sich eine Koalition darstellt. Zweitens: der Staat ist berechtigt und verpflichtet, einzugreifen.

Aus diesen Auffassungen heraus gründete Brentano 1872 mit einer Reihe anderer Hochschullehrer zusammen den **„Verein für Sozialpolitik"** als die Organisation der Wirtschaftswissenschaftler zum Kampf gegen das Manchestertum. Aus diesen Ideen heraus schrieb er bereits im folgenden Jahr über das Schlichtungswesen, wie wir heute sagen, über die „Einigungsämter", wie man es damals nannte. Ein paar Jahre später begann er seine grundlegenden Arbeiten über Arbeitslohn und Arbeitszeit, mit denen er für Jahrzehnte der wichtigste wissenschaftliche Helfer der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wurde. Aus diesem Geist heraus stand er bei dem Kampf um die Fuchthausvorlage seinen Mann, kämpfte er für die Aufhebung des Ausnahmerechtes, das der § 153 der Gewerbeordnung gegen streikende Arbeiter geschaffen hatte. So sehr Brentano Forscher und Gelehrter war, so sehr war er auch Kämpfer und blieb es bis in sein hohes Alter. Auch in den letzten Jahren war Brentano stets zur Stelle, wenn die Arbeiterschaft neue Angriffe abzuwehren hatte. So trat er auf den Plan, als die deutschen Sozialpolitiker unter dem Einfluß der Inflation ihre Stellung gegenüber Gewerkschaften und Sozialpolitik änderten, und schließlich trat er vor zwei Jahren demonstrativ aus dem Verein für Sozialpolitik aus, weil er dessen jetzige Stellung zu den sozialen Fragen nicht teilen konnte.

Bei all dieser Wirksamkeit ist Brentano niemals nur Sozialpolitiker gewesen. Er wurde vielmehr in der Presse mit Recht als der letzte klassische Nationalökonom gefeiert. Er ist auch als Sozialpolitiker stets Nationalökonom geblieben. Seine sozialpolitische Wirksamkeit ging nicht aus dem guten Herzen hervor, sondern aus wissenschaftlicher Erkenntnis. Deshalb blieb er ihr auch treu, als die Stimmung der deutschen intellektuellen Mittelschichten sich von der Sozialpolitik abwandte. Er sah den Achtstundentag als ein „Produktions- und Kulturproblem an, das den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bedingte", wie es der Berliner Nationalökonom Bonn zu Brentanos 80. Geburtstag formulierte. Er war Freihändler, nicht um Konsumentenpolitik zu treiben, sondern weil er nur bei Freihandel niedrige Preise und hohe Reallöhne gegeben sah. Und gerade weil er als Kämpfer nur aussprach, was er als Forscher gefunden, hat er durch mehr als sechs Jahrzehnte seinen Mann im Kampfe stehen können. Dabei war er niemals veraltet, sondern stets aktuell und stets ein Kämpfer aus der Gegenwart.

Mit Brentano ging ein treuer Freund der Arbeiter von hinnen. Selten hat ein bürgerlicher Volkswirtschaftler den Wert der Gewerkschaften so erkannt und verteidigt wie er. Deshalb wird der Mann und sein Wirken in der Geschichte der Arbeiterbewegung fortleben.

Gegen Lehrlingszüchterei

Die württembergischen Handwerkskammern haben in einer letzthin erfolgten Bekanntmachung folgendes veröffentlicht:

„Nachdem die württembergischen Handwerkskammern die auf Antrag der Landesfachverbände mit Genehmigung des württembergischen Wirtschaftsministeriums zustande gekommenen Lehrlingshöchstzahl-Bestimmungen bekanntgegeben haben, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als gegen Zuwiderhandelnde mit Strafantrag vorzugehen. Die Handwerksmeister, die trotz dieser Bestimmungen weitere Lehrlinge einstellen, brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn Bestrafung erfolgt. Es ist den Handwerkskammern in der gegenwärtigen schwierigen Zeit keine angenehme Aufgabe, Strafanzeige zu erstatten. Wenn aber festgestellen ist, daß immer wieder trotz der Warnungen die Bestimmungen umgangen werden, so ist es nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Handwerksmeistern, die sich an Ordnung halten, sondern auch im sachlichen Interesse zur Forderung des Nachwuchses im Handwerk gelegen, daß zur Einhaltung der Ordnung im Lehrlingswesen nachdrücklich Sorge getragen wird."

Diese Stellungnahme wird bei den notorischen Lehrlingszüchtern, die im Uebermaß Lehrlinge beschäftigen, keine Wirkung auslösen. Wenn nicht energisch vorgegangen wird gegen die Lehrlingszüchterei, dann wird sich niemand daran stören, und noch mehr wird keine gerechte Verteilung bei der Lehrlingshaltung erfolgen können.

Nach beendeter Lehrzeit hat der Lehrling Anspruch auf Tariflohn

Hat der Lehrling nach beendeter Lehrzeit Anspruch auf Tariflohn? Mit dieser Streitfrage, die für freigewerkschaftliche Verbände grundsätzliche Bedeutung hat, beschäftigte sich der Ferienenat des Reichsarbeitsgerichts und entschied zugunsten des Klägers.

Mehrere Unternehmer in Berlin, Dresden, Bielefeld und Dortmund haben sich geweigert, den Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit den Tariflohn zu zahlen, den sie als Gesellen oder Berufsarbeiter zu beanspruchen hatten.

Die Unternehmer hatten allerlei Ausreden und erklärten, daß sie infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage den Tariflohn nicht zahlen könnten. Der Kläger, ein jugendlicher Schlosser, der seine Lehrzeit in einer Metallwarenfabrik nicht ganz beendet hatte, beendete diese bei einem anderen Unternehmer. Als er ausgelernt hatte, beanspruchte er mit Recht den Tariflohn als gelernter Schlosser. Der beklagte Unternehmer weigerte sich, den Tariflohn zu zahlen. Das Landesarbeitsgericht entschied gegen den Kläger und wies ihn mit seiner Klage ab.

Um in dieser Streitfrage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, legte der Kläger und sein Verband Berufung ein. Das Reichsarbeitsgericht hob das vorinstanzliche Urteil auf und verhalf dem Kläger zu seinem Erfolg. Es stellte grundsätzlich fest, daß der Lehrling nach beendeter Lehrzeit den Tariflohn des im Betriebe tätigen Berufskollegen beanspruchen kann. Auch hat er darauf Anspruch, wenn er während seiner Lehrzeit seinen Lehrherrn verläßt und die Lehrzeit bei einem anderen Arbeitgeber beendet. RAG. 29. 31. (Metallarbeiter-Jugend.)

Der britische Gewerkschaftskongreß

Trotz Krise 100000 neue Mitglieder!

(ADGB.) **Aus dem Bericht an den 63. Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (7. bis 12. September) ist zu ersehen, daß sich die britische Gewerkschaftsbewegung trotz der ungünstigen Wirtschaftslage erfreulich entwickelt. Da der Generalrat der britischen Landeszentrale seine seit langem eingeleitete Organisationskampagne mit aller Energie vorwärtsgetrieben hat und insbesondere bestrebt war, die Arbeiter der neuen und schnell wachsenden Industrien sowie die Frauen und Jugendlichen zu erfassen, wurden einzelne unvermeidliche Mitgliederverluste in den am schwersten durch die Krise getroffenen Industrien durch die Erfassung neuer Mitglieder ausgeglichen: insgesamt wurden auf Grund der genannten Organisationskampagne mehr als 100000 neue Mitglieder gewonnen!**

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Bericht den wirtschaftlichen Problemen. Die Behandlung dieser Fragen umspannt ein so weites Gebiet und ist vom Generalrat des Gewerkschaftsbundes (TUC.) so gründlich zur Hand genommen worden, daß der diesjährige Bericht nicht abschließend ist. Ein umfassender Bericht soll dem Kongreß des Jahres 1932 unterbreitet werden.

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1925 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft Berlin. – Volksausgabe der Buchgemeinde Gutenberg, Berlin SW. 6

(12. Fortsetzung)

Aber immer wieder beunruhigte ihn ihre Weiblichkeit. Sie spielte viel besser und mit viel feinerem Verständnis Klavier als seine Schwestern daheim — das Klavier, das der arme Hughie so tapfer bearbeitet hatte, um es in gutem Zustand zu erhalten. Und wenn sie Gitarre spielte und sanfte, weiche hawaiische Hulas sang, war er entzückt. Dann war sie ganz Weib, und der Zauber ihrer Weiblichkeit ließ ihn den großen Revolver, den Cowdenhut und alles andere vergessen. Aber, und das war sein nächster Gedanke, wie darf ein solches Mädchen wie ein Mann prahlen und frechlocken, daß die Abenteuer noch nicht ausgestorben sind? Frauen, die auf Abenteuer ausgehen, sind Abenteurerinnen, und das ist kein schöner Name. Zudem schätzte er Abenteuer nicht. Seit seiner Kindheit hatten sie ihn nicht mehr gelockt — wenn es ihm auch schwer geworden ware zu erklären, was ihn von England nach den Salomons geführt hatte, wenn nicht Abenteuerlust.

Scheldon war durchaus nicht zufrieden. Die ungewohnte Situation war zuviel für seine konservative Veranlagung und Erziehung. Das von einem einsamen Weißen bewohnte Berande war kein Aufenthalt für Joan Lackland. Er zermarterte sich das Hirn nach einem Ausweg und sprach sogar mit ihr darüber. Aber der Dampfer aus Australien war erst in drei Wochen fällig.

„Eins ist klar: Sie wollen mich nicht hierbehalten", sagte sie. „Ich mache morgen das Boot klar und fahre nach Tulagi hinüber."

„Aber ich sagte Ihnen ja schon, daß das unmöglich ist", rief er aus. „Es ist niemand dort. Der Gouverneur ist nach Australien gereist. Es ist nur ein Weißer da, ein früherer Seemann, ein gewöhnlicher Matrose. Der vertritt die Regierung der Salomonsinseln, abgesehen von etwa hundert Schwarzen — Sträflingen. Dazu ist er ein solcher Narr, daß er Ihnen eine Geldstrafe von fünfhundert Pfund Sterling auferlegen würde, weil Sie Tulagi, den Eingangshafen, nicht zuerst angelaufen haben. Er ist kein angenehmer Mensch, und ich wiederhole Ihnen: es ist unmöglich."

„Dann käme noch Guvutu in Frage", schlug sie vor. Er schnitzelte den Kopf.

„Dort gibt es nichts als Fieber und fünf Weiße, die sich zu Tode trinken. Das könnte ich nicht erlauben."

„Danke sehr", sagte sie ruhig. „Ich gedenke heute aufzubrechen —. Biaburi! Du gehen bei Noah-Noah, sagen ihm, kommen zu mir."

Noah-Noah war ihr Bootsmann von der Mielé.

„Wo wollen Sie hin?" fragte Scheldon überrascht. — „Biaburi! Du bleiben."

„Nach Guvutu — sofort", lautete ihre Antwort.

„Aber ich erlaube es nicht."

„Deshalb gehe ich eben. Sie sagten es schon einmal, und das kann ich mir nicht gefallen lassen."

„Was?" Ihr plötzlicher Zorn verwirrte ihn. „Wenn ich Sie irgendwie verletzt habe — —."

„Biaburi, du holen ein fella Noah-Noah zu mir!" befahl sie. Der Schwarze schichte sich an, zu gehorchen.

„Biaburi! Du nicht bleiben, ich dir schlagen den Schädel ein. — Und jetzt, Fraulein Lackland, bestehe ich auf einer Erklärung. Was habe ich gesagt oder getan, daß ich das verdient hatte?"

„Sie haben sich erkühnt — Sie haben gewagt — —." Sie würgte und schluckte und konnte nicht weiter sprechen. Scheldon sah dieses Bild der Verzweiflung.

„Ich gestehe, daß ich ganz wirr im Kopfe bin", sagte er. „Wenn Sie nur deutlich sein wollen."

„Ebenso deutlich wie Sie, als Sie mir sagten, daß Sie mir nicht erlauben würden, nach Guvutu zu gehen?"

„Aber was ist denn dabei?"

„Sie haben kein Recht — kein Mann hat das Recht — mir zu sagen, was er erlauben will oder nicht. Ich bin alt genug, um keinen Vormund mehr zu brauchen, und ich bin auch nicht den weiten Weg nach den Salomons gekommen, um einen zu finden."

„Für jede Frau ist der Mann der gegebene Vormund."

„Ich bin nicht ‚jede Frau' — das ist es eben. Wollen Sie mir jetzt erlauben, Ihren Boy zu Noah-Noah zu schicken. Ich wünsche, daß er das Boot zu Wasser bringt. Oder soll ich selbst gehen?"

Beide hatten sich erhoben. Sie mit gerotenen Wangen und zornigen Blicken, er verwirrt und erschrocken. Der Schwarze stand wie eine Statue — eine kohlschwarze Statue — daneben und nahm keinen Anteil an den Verhandlungen dieser unverständlichen Weißen, sondern träumte mit ruhigen Blicken von einem Baichdorf hoch in den bewaldeten Hängen von Malaita, wo der blaue Rauch vor dem grauen Hintergrund einer heraufziehenden Wolkenwand von den Grashütten aufsteigt.

„Aber Sie werden doch nicht etwas so Törichtes tun", begann er.

„Nun fangen Sie schon wieder an!" rief sie.

„Ich meinte es nicht so, und das wissen Sie auch." Er sprach langsam und ernst. „Und was das ‚nicht erlauben' betrifft, so ist das doch nur eine Redensart. Gewiß bin ich nicht Ihr Vormund. Sie wissen, daß Sie nach Guvutu fahren können, wenn Sie es wünschen. Aber ich würde es tief bedauern. Und es tut mir sehr leid, wenn ich etwas gesagt habe, das Sie verletzt hat, vergessen Sie nicht, daß ich Engländer bin."

Joan lächelte und setzte sich wieder.

„Vielleicht war ich zu heftig", gab sie zu. „Sehen Sie, ich kann keinen Zwang vertragen. Wenn Sie wüßten, wie ich mir meine Freiheit habe erkämpfen müssen! Es ist mein wunder Punkt, wenn Ihr selbstgeschaffenen Herren der Schöpfung mir sagen wollt, was ich tun und lassen soll. — Biaburi du bleiben in Kuche. Nicht bringen Noah-Noah. — Und jetzt, Mister Scheldon, sagen Sie mir, was ich tun soll? Hier wollen Sie mich nicht behalten, und es scheint keinen anderen Ort zu geben, wo ich hingehen könnte."

„Das ist nicht richtig. Ihre Strandung an meiner Insel bedeutet für mich eine Gottesfügung. Ich war sehr einsam und sehr krank. Ich bin durchaus nicht sicher, ob ich die Krankheit überstanden hatte, wenn Sie nicht gekommen wären. Aber darum handelt es sich jetzt nicht. Mir persönlich würde es sehr leid tun, wenn Sie wieder fortgingen. Aber ich komme nicht in Frage. Ich denke nur an Sie, und für Sie ist es hier kaum der richtige Ort, wie Sie selbst einsehen werden. Ware ich verheiratet, gabe es hier irgendeine Frau Ihrer Rasse — aber so —"

Sie rang die Hände in gespielter Verzweiflung.

(Fortsetzung folgt.)

Invalidenversicherung

Invalidenbeiträge während Krankheitszeiten.

Die Leistungen der Invalidenversicherung sind bekanntlich davon abhängig, daß der Versicherte eine bestimmte Anzahl Marken nachweist. Es muß, wie es im Gesetz heißt, die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten sein. Der Versicherte muß also in seinem eigenen Interesse darauf achten, daß er eine möglichst große Anzahl Marken nachweisen kann. Wichtig ist nun folgende Bestimmung: „Als Pflichtbeiträge gelten die vollen Wochen, in denen der Versicherte wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Beitragspflicht fortzusetzen." Die Dinge liegen demnach so, daß Krankheitswochen als Beitragswochen gelten. Die Frage ist bloß die, ob der Arbeitgeber während dieser Krankheitszeiten Beitragsmarken verwenden muß oder nicht. Im Gesetz selbst fehlt eine Vorschrift, die ausdrücklich festlegt, daß für solche Zeiten eine Beitragsfreiheit besteht. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung heißt es ganz bestimmt und klar, daß während einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit Beitragsfreiheit besteht. Wie gesagt, fehlt eine solche Bestimmung in der Invalidenversicherung. Es hat sich jedoch, wohl gestützt auf die für die Krankenversicherung geltenden Vorschriften das Gewohnheitsrecht herausgebildet, daß auch für die Invalidenversicherung während einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit keine Beiträge zu entrichten sind. Hier scheint jetzt ein Wandel einzutreten. Eine führende Zeitschrift der Sozialversicherung schreibt über diese Frage: „Durch die Träger der Invalidenversicherung (Landesversicherungsanstalten) ist, namentlich auch in der letzten Zeit, vielfach von den Arbeitgebern die Entrichtung von Invalidenversicherungsbeiträgen für die von ihnen beschäftigten Versicherten auch in anrechnungsfähigen Krankheitszeiten im Sinne des § 1279 der Reichsversicherungsordnung verlangt worden, wenn sie während der Krankheitszeit zur Weiterzahlung des Lohnes an die Versicherten verpflichtet waren." Die Versicherungsanstalten verlangen also neuerdings während Krankheitszeiten dann Beiträge, wenn der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt weiter erhält, z. B. vertraglich auf Monatsgehalt angestellte Arbeitnehmer. Das Reichsversicherungsamt hat unlängst (8. Juni 1931) in dieser Frage eine sehr wichtige Entscheidung gefällt. Diese Behörde steht auf dem Standpunkt, daß für anrechnungsfähige Krankheitszeiten im Sinne des § 1279 der Reichsversicherungsordnung Beiträge zur Invalidenversicherung auch dann nicht zu entrichten sind, wenn der Arbeitgeber während der Krankheitszeit zur Weiterzahlung des Lohnes verpflichtet ist." Es ist hier also endlich einmal klipp und klar entschieden, daß der Arbeitgeber während einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit keine Beitragsmarken zur Invalidenversicherung zu verwenden hat. Dies hat naturgemäß zur Folge, daß er auch den Arbeitnehmern für solche Zeiten keinen Beitragsanteil abziehen bzw. abfordern darf. Kl. S.

Hände weg von den kommunalen Wirtschaftsbetrieben

Das Referat des Altonaer Oberbürgermeisters Brauer auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß hat in der breiten Oeffentlichkeit lebhaften Widerhall gefunden. Der auf dem Kongreß bereits mit viel Interesse und starkem Beifall aufgenommene Vortrag lautet im Auszuge wie folgt:

„Zeit den Tagen der Inflation erleben wir in Deutschland ein Kesseltreiben gegen die Gemeinden. Es geht um die öffentliche Wirtschaft. Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiter in den Gemeinden infolge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten soll zunichte gemacht werden. Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank Schacht bildet eine Front zur Zerschlagung der gemeindlichen Betriebe. Wir rufen daher in diesem Augenblick den Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfe auf.

Es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der Gemeinwirtschaft.

Der private Betrieb hat in erster Linie den Vorteil seiner Aktionäre im Auge. Ihm ist ethisches Handeln unwirtschaftlich, wenn es die Dividende schmälert. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben

erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen für die Gesamtheit.

Angesichts dieser Sachlage kann die Führung großer Versorgungsbetriebe heute weniger denn je allein vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen. Wo durch Zusammenschlüsse die zuweilen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflußt werden. Die Monopole aber gehören in die Hand der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Steigerung der Bodenwerte im Bereichsich der Städte ist ein weiteres sprechendes Ergebnis der kommunalen Entwicklung. Eine weitschauende kommunale Bodenvorratspolitik kann aber den Mehrwert gemeinnützig zur Geltung bringen. Die stadtebaulichen Aufgaben sind unabhängig zu machen vom Spekulantentum. Der Privatbetrieb ist nie zur Anlage von Straßenbahnlinien und zum Straßenbau für städtische Randbezirke zu bewegen. Dagegen ist der öffentliche Betrieb zu Verlusten bereit, wenn er sich daraus Vorteile für die Bevölkerung verspricht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen ist das allerdings eine „unwirtschaftliche" Betätigung der öffentlichen Wirtschaft. Die kommunalen Betriebe sollen soziale Musterbetriebe sein.

Von rund 18 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern werden etwa 2½ Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt.

Die öffentliche Hand ist aber nicht nur der größte Arbeitgeber in Deutschland, sie ist zugleich auch der größte Auftraggeber für die Privatwirtschaft. Die Aufträge der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft bewegten sich bis zu Beginn der schweren Krise im Jahresdurchschnitt von 8 bis 9 Milliarden Mark.

Besonders ernst war der Vorstoß der Industrie gegen die kommunale Gasversorgung. Der Mehrverbrauch an Braunkohle anstatt Steinkohle und die sonstige Verlagerung der deutschen Energieerzeugung, die durch den Versailler Vertrag, durch Verluste und durch den Fortschritt der Technik veranlaßt wurde, führte dahin, daß sich die Ruhrindustrie in ihrer Macht- und Interessensphäre bedroht fühlte. Sie erstrebte daher eine großzügige Ortsverlegung der Koks- und Gaserzeugung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet durch Stillegung der kommunalen Gaswerke und durch zentrale Fernversorgung der deutschen Gemeinden aus den Kokereien des Ruhrgebietes.

Die deutschen Gemeinden stehen diesen Bestrebungen größtenteils ablehnend gegenüber. Die Gaswerke wurden sich bei Stillegung ihrer Produktion aller Möglichkeiten berauben, die ständigen Erfolge der Technik auf dem Gebiete der Kohlenveredlung nutzbringend zu verwerten.

Man wirft den Leitern öffentlicher Betriebe Mangel an Initiative vor, im selben Atemzug klagt man aber die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft heftig an. Ich glaube aber, daß

die Leiter öffentlicher Betriebe sich in ihrer Verantwortung stärker gebunden fühlen als die Privatunternehmer,

zumal die öffentlichen Betriebe ganz anders der Kritik ausgesetzt sind als die Privatbetriebe. Als besonderes Uebel der öffentlichen Unternehmungen wird mitunter ihre Politisierung bezeichnet; sowohl die Verwaltungsräte als auch die Aufsichtsräte der Betriebsgesellschaften seien nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Aber die Privatwirtschaft ist nicht weniger politisiert. Der einzige Unterschied ist aber: die Privatwirtschaft ist einseitig rechtsradikal politisiert, während die Stadtparlamente und die Aufsichtsräte der öffentlichen Gesellschaften aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzt sind.

Die Privatwirtschaft hat kein Recht, über die Produktivität und Unproduktivität öffentlicher Betriebe zu Gericht zu sitzen, da sie selbst ungeheure Produktionsverluste in ständigen Krisen, eine geringere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Millionen Arbeitslose, Produktionseinschränkungen durch Syndikate und künstliche Hochhaltung der Preise aufzuweisen hat.

Die Schwierigkeiten der öffentlichen Betriebe kommen nicht vom Regiebetrieb, sondern vom Wirtschaftssystem der Privatwirtschaft.

Völlig abzulehnen ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes als ein Kompromiß, als ein Versuch des Privatkapitals, seine Machtsphäre hintenherum wiederzugewinnen unter Ausnutzung öffentlicher Monopolrechte. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Wirtschaft geht in eine ganz andere Richtung. Der interkommunale Betrieb hat die Zukunft für sich. Noch hält ein falscher Lokalpatriotismus viele Gemeinden vor interlokalen Bindungen zurück. Die Unternehmer bilden Kartelle und Syndikate, nur die Gemeinden beharren noch in lokalwirtschaftlicher Abgeschiedenheit.

Wenn man in die Zukunft der Gemeinwirtschaft blickt, dann darf man auch nicht deren Grenzen übersehen. Die Befriedigung individueller Wünsche wird man der Privatwirtschaft überlassen. Die öffentliche Hand fühlt auch keine Veranlassung, in das Gebiet der Kleinbetriebe hinüberzugreifen. In gleicher Weise bin ich gegen jede Produktion der öffentlichen Wirtschaft für den freien Markt.

Wir sehen eine wirtschaftliche Anarchie vor uns, Aufsichtsräte, die keine Aufsicht führen, Preispolitik ohne Zusammenhang mit der vorhandenen Konsumkraft, Syndikate, die die Produktion drosseln und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit herbeirufen und Fehlinvestierungen. Wir erleben eine

Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit

und daraus resultierende Krisen. Der Kampf der Unternehmerschaft gegen die öffentlichen Betriebe zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik muß in den kommenden Jahren aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden, um eine bessere Wirtschaftsverfassung zu erlangen. Die Umwandlung des Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftsziel, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß, an dem wir bauen müssen Stein um Stein. Ein neues Wirtschaftssystem kann man nicht ausrufen. Wer nicht blog eine bessere Zukunft, sondern auch schon eine bessere Gegenwart will, muß an praktischer Gegenwartsarbeit mit Hand anlegen. Mit einem Verschlagen der heutigen Wirtschaft kommt man nicht weit. Auf Trümmern läßt sich keine neue Wirtschaft aufbauen.

Hier in Frankfurt a. M. hat die politische Demokratisierung Deutschlands ihren ersten Ausdruck in der Deutschen Nationalversammlung von 1848 gefunden und von hier aus ergeht heute von dem Parlament der Arbeit der Ruf nach der wirtschaftlichen Demokratie."

*

Auf die vielseitigen und bedeutsamen Anregungen, die die dem Referat folgende Debatte ergab, kann hier leider aus Raumrücksichten nicht eingegangen werden.

Die zu den angeschnittenen Fragen vom Kongreß einmütig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Resolution über die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe.

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Ueberwindung der Krise ist die verstärkte Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspringt ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrosselung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft waren unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichem Rentenwillen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskraft in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrswesen und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongreß erblickt in der Verstärkung der Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft."

Ausschneiden und aufbewahren!

Was erhält ein Arbeitsloser?

Die geltenden Sätze für die Erwerbslosen- und Krisenunterstützung nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931

1. Unterstützungssätze nach § 105 AVAVG.

Lohnklasse nach der die Unterstützung gezahlt wird	Durchschnittsverdienst je Woche	Einheitslohn	Familienzuschlag je Woche	Höhe der Unterstützung: Haupt-Unterstützung o. Zuschl.-Empf.		Haupt-Unterstützung m. 1 Zuschl.-Empf.		Haupt-Unterstützung m. 2 Zuschl.-Empf.		Haupt-Unterstützung m. 3 Zuschl.-Empf.		Haupt-Unterstützung m. 4 Zuschl.-Empf.		Haupt-Unterstützung m. 5 Zuschl.-Empf.	
				1 Woche	1 Tag	1 Woche	1 Tag	1 Woche	1 Tag	1 Woche	1 Tag	1 Woche	1 Tag	1 Woche	1 Tag
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
I	bis 10,00	8	0,40	5,60	0,80	6,00	1,00	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07
II	10,01 bis 14,00	12	0,60	7,20	1,20	7,80	1,30	8,40	1,40	9,00	1,50	9,60	1,60	9,60	1,60
III	14,01 „ 18,00	16	0,80	8,00	1,33	8,80	1,47	9,60	1,60	10,40	1,74	11,20	1,87	12,00	2,00
IV	18,01 „ 24,00	21	1,05	8,82	1,46	9,87	1,65	10,92	1,82	11,97	2,00	13,02	2,17	14,07	2,35
V	24,01 „ 30,00	27	1,35	9,45	1,58	10,80	1,80	12,15	2,03	13,50	2,25	14,85	2,48	16,20	2,70
VI	30,01 „ 36,00	33	1,65	11,55	1,93	13,20	2,20	14,85	2,48	16,50	2,75	18,15	3,03	19,80	3,30
VII	36,01 „ 42,00	39	1,95	12,98	2,11	14,63	2,44	16,58	2,77	18,53	3,09	20,48	3,42	22,43	3,74
VIII	42,01 „ 48,00	45	2,25	13,50	2,25	15,75	2,63	18,00	3,00	20,25	3,38	22,25	3,75	24,75	4,13
IX	48,01 „ 54,00	51	2,55	15,30	2,56	17,85	2,98	20,40	3,40	22,95	3,83	25,50	4,25	28,05	4,68
X	54,01 „ 60,00	57	2,85	17,10	2,85	19,95	3,33	22,80	3,80	25,65	4,28	28,50	4,75	31,35	5,23
XI	über 60,00	63	3,15	18,90	3,15	22,05	3,68	25,20	4,20	28,35	4,73	31,50	5,25	34,65	6,78

2. Unterstützungssätze nach § 105a AVAVG (Arbeitslose mit einer Anwartschaft von weniger als 52 Wochen)

I	bis 10,00	8	0,40	5,60	0,80	6,00	1,00	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07
II	10,01 bis 14,00	12	0,60	7,20	1,20	7,80	1,30	8,40	1,40	9,00	1,50	9,60	1,60	9,60	1,60
III	14,01 „ 18,00	16	0,80	8,00	1,33	8,80	1,47	9,60	1,60	10,40	1,74	11,20	1,87	12,00	2,00
IV	18,01 „ 24,00	21	1,05	8,82	1,46	9,87	1,65	10,92	1,82	11,97	2,00	13,02	2,17	14,07	2,35
V	24,01 „ 30,00	27	1,35	9,45	1,58	10,80	1,80	12,15	2,03	13,50	2,25	14,85	2,48	16,20	2,70
VI	30,01 „ 36,00	33	1,65	11,55	1,93	13,20	2,20	14,85	2,48	16,50	2,75	18,15	3,03	19,80	3,30
VII	36,01 „ 42,00	39	1,95	11,55	1,93	14,63	2,44	16,58	2,77	18,53	3,09	20,48	3,42	21,30	3,55
VIII	42,01 „ 48,00	45	2,25	12,98	2,12	14,63	2,44	17,18	2,87	19,43	3,24	21,38	3,62	23,93	3,99
IX	48,01 „ 54,00	51	2,55	13,50	2,25	16,05	2,68	18,90	3,10	21,15	3,53	23,70	3,95	26,25	4,38
X	54,01 „ 60,00	57	2,85	13,50	2,25	16,35	2,73	19,20	3,20	22,05	3,68	24,90	4,15	27,75	4,63
XI	über 60,00	63	3,15	15,30	2,55	18,45	3,08	21,60	3,60	24,75	4,13	27,90	4,65	31,05	5,18

3. Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge entsprechend § 101 AVAVG

I	bis 10,00	8	0,40	5,60	0,80	6,—	1,—	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07	6,40	1,07
II	10,01 bis 14,00	12	0,60	7,20	1,20	7,80	1,30	8,40	1,40	9,—	1,50	9,60	1,60	9,60	1,60
III	14,01 „ 18,00	16	0,80	8,—	1,33	8,80	1,47	9,60	1,60	10,40	1,74	11,20	1,87	12,—	2,—
IV	18,01 „ 24,00	21	1,05	8,82	1,46	9,87	1,65	10,92	1,82	11,97	2,—	13,02	2,17	14,04	2,35
V	24,01 „ 30,00	27	1,35	8,82**	1,46**	10,80	1,80	12,15	2,03	13,50	2,25	14,85	2,48	16,20	2,70
VI*)	24,01 „ 30,00	27	1,35	8,82	1,46	10,80	1,80	12,15	2,03	13,50	2,25	14,85	2,48	16,20	2,70
VII	30,01 „ 36,00	33	1,65	9,45	1,58	13,20	2,20	14,85	2,48	16,50	2,75	18,15	3,03	19,80	3,30
VIII	30,01 „ 36,00	33	1,65	9,45	1,58	13,20	2,20	14,85	2,48	16,50	2,75	18,15	3,03	19,80	3,30
IX	36,01 „ 42,00	39	1,95	11,55	1,93	14,63	2,44	16,58	2,77	18,53	3,09	20,48	3,42	22,43	3,74
X	36,01 „ 42,00	39	1,95	11,55	1,93	14,63	2,44	16,58	2,77	18,53	3,09	20,48	3,42	22,43	3,74
XI	36,01 „ 42,00	39	1,95	11,55	1,93	14,63	2,44	16,58	2,77	18,53	3,09	20,48	3,42	22,43	3,74

*) Sonderunterstützung in den Lohnklassen VI bis XI für Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen.
**) Sonderunterstützung in den Lohnklassen V bis XI für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige.

Schuh-Industrie u. -Handwerk

Von den Schuhfabrik-Unternehmen

In Münster bei Dieburg wird von Herrn Kaufmann, Direktor der Herz A.-G., Offenbach, eine Schuhfabrik eröffnet. Die Fabrik soll Damenschuhe in billigen Preislagen herstellen und etwa 200 Arbeiter beschäftigen. Die Fabrik ist Privatunternehmen, d. h. sie gehört nicht zur Herz A.-G. Aus der Leitung der bekannten Mercedes-Schuhfabrik in Cannstatt bei Stuttgart sind die Herren H. Haueisen und Julius Link ausgeschieden.

Ein Packwagen auf der Linie Frankfurt a. M.–Berlin geriet in Brand. Die Ladung, die überwiegend Schuhwaren enthielt, verbrannte größtenteils. Um welches Fabrikat es sich handelt, wird nicht mitgeteilt. Unlängst an einem Samstag, abends 7 Uhr, wurde telefonisch der Ausbruch eines Brandes in der Schuhfabrik Albert Lang in Pirmasens, Bahnhofstraße, gemeldet. Um acht Uhr war der Brand durch die Motorspritze gelöscht. Das ganze Rückgebäude des Anwesens, in dem sich die Schuhfabrik befand, ist ausgebrannt. Der Schaden ist erheblich. Die Brandursache war bisher nicht feststellbar.

Aus der Pirmasenser Schuhindustrie

Soweit bisher übersehen werden kann, sind die eingelaufenen Herbstaufträge von mäßigerem Umfang als im Vorjahre. Jedenfalls beurteilt man die Aussichten auf Besserung der Arbeitsmarktlage wenig optimistisch. Zur Zeit sind rund 7000 Schuhfabrikarbeiter in Kurzarbeit, fast 6000 sind arbeitslos. Nach Erhebungen des Pirmasenser Arbeitsamts wurden am 15. August 1931 an Arbeitsuchenden gezählt: 5457 männliche und 2635 weibliche, insgesamt 8092 gegenüber einer Zahl von 8125 zu Beginn des Monats. Darunter befinden sich auch die Arbeitslosen aus anderen Industrien. — Die Haupt- und Gehaltstarifverträge für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Pirmasenser Schuhindustrie sind zum 30. September 1931 gekündigt.

Der Geschäftsgang in der Schuhindustrie

Ueber den Stand der deutschen Schuhproduktion sind im letzten Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung Angaben gemacht, aus denen wir folgendes entnehmen: Es betrug die arbeitstägliche Schuhproduktion, wenn das Jahr 1928 gleich 100 gesetzt wird, im

	1930	1931
Januar	105,4	78,7
Februar	106,4	93,5
März	103,2	113,6
April	115,9	108,3

Im Vorjahr war vom März zum April eine starke Produktionssteigerung zu verzeichnen, während im laufenden Jahr ein Rückgang eingetreten ist. Immerhin ist die Tatsache beachtlich, daß die Schuherzeugung in den letzten beiden Monaten sich über dem Durchschnitt des Jahres 1928 gehalten hat.

Batas Ausdehnungsdrang

Wie die Prager Presse berichtet, beabsichtigten die Batawerke für den Fall, daß in der Frage des schweizerischen Schuhzolles nicht entsprechende Einigungen erzielt werden, die Schaffung einer eigenen Batafabrik in der Schweiz. Man behauptet, daß Fabriksterrain und Pläne bereits vorbereitet seien, doch ist eine Bestätigung dieser Nachricht nicht zu erlangen. Jedenfalls eilt die Ankündigung den Tatsachen wieder einmal weit voraus, wie man es seit Jahren mit Bezug auf andere Staaten beobachten konnte.

Aus Hamburg-Altona melden die Blätter die Errichtung einer Bataschen Schuhfabrik. Offenbar ist aber nur ein maschineller Besohlbetrieb gemeint. — Die Deutsche Schuhhandels-A.-G. (Bataunternehmen) hat, wie wir erfahren, ganz besonders in Lübeck den Schuhreparaturbetrieb zum Gegenstand des Streitverfahrens gemacht, um zu erreichen, daß der Betrieb als Fabrikbetrieb erklärt würde. Zwei Urteile des Unteren und des Höheren Verwaltungsgerichts haben den Betrieb als Handwerksbetrieb angesprochen. Die Angelegenheit liegt endgültig zur Entscheidung beim Reichswirtschaftsgericht. — Dem Preußischen Unterrichtsminister ist berichtet worden, daß die tschechische Schuhfabrik Bata durch Verteilung von Rabattmarken an arme Kinder usw. in den Schulen eine Werbetätigkeit für ihre Erzeugnisse auszuüben versucht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht der Minister in einem Erlaß an die Behördenstellen, darauf hinzuwirken, daß die Schulen derartigen Werbeversuchen jedenfalls verschlossen bleiben.

Immer wieder Pläne auf Zollerhöhungen

Zollfragen in der Schweiz

Die Bundesregierung schlägt infolge der Notlage der schweizerischen Schuhindustrie eine starke Erhöhung der Schuhzölle vor. Die Zollposition 195: Schuhe aus Kalb-, Roß- oder Phantasieoberleder, die bisher mit einem Zoll von 280 Fr. per 100 Kilogramm belastet war, soll laut einer Meldung nunmehr in drei Positionen aufgeteilt werden: Schuhe bis 600 Gramm 600 Fr., 600 bis 1200 Gramm 500 Fr. und über 1200 Gramm 350 Fr. Zoll.

Auf Wunsch der Schweizer Regierung reiste ein Beamter des tschechoslowakischen Handelsministeriums nach Bern, um über die Forderung der Schweizer Schuhindustrie wegen Aufhebung der Zollbindung für den Schuhimport nach der Schweiz zu verhandeln. Der Beamte wird die Kompensationsforderungen vorbringen, die auf eine Erleichterung der Einfuhr tschechoslowakischer Textilien in die Schweiz abzielen.

Französische Sperrzölle gegen tschechische Schuhe geplant

Im Herbst findet eine Revision des tschechoslowakisch-französischen Handelsvertrages statt, die durch Maßnahmen Frankreichs gegen die tschechoslowakische Ausfuhr notwendig geworden ist. Frankreich, welches erst vor einigen Monaten der tschechoslowakischen Strumpfindustrie Schwierigkeiten bereitet hatte, die durch ein Abkommen nur teilweise beseitigt wurden, wobei überdies Frankreich für seine Automobilindustrie eine sehr günstige Zollrefundierung erzielt hatte, bereitet Sperrzölle gegen tschechoslowakischen Hopfen, Malz, Schuhe und Porzellan vor. Die von den französischen Zollplänen betroffenen Industrien fordern unter Hinweis auf die ungünstige Handelsbilanz mit Frankreich energisch Androhung von Gegenmaßnahmen gegen die französische Automobil- und Luxuseinfuhr nach der Tschechoslowakei. Die französische Oberlederindustrie will die Regierung veranlassen, die Zollerhöhung für Schuhe auch auf Oberleder auszudehnen.

Die lettländischen und litauischen Schuhzollpläne

Im Rahmen der allgemeinen Zollerhöhung hat die lettländische Regierung u. a. auch für Schuhwerk folgende Erhöhungen im Regierungsentwurf vorgesehen: Der Zoll für Schuhwerk wird von 5,40 auf 6,51 Ls. je Kilogramm erhöht, für Schuhleder, und zwar für kleine Häute für Stiefel von 3,75 auf 5,— Ls., für große von 2,50 auf 4,— Ls., auf Sohlenleder von 90 Sant. auf 1,— Ls. Der Zoll für Felle wird um 100 Prozent und 200 Prozent erhöht. Auch die litauischen Schuhfabriken haben sich an das Finanzministerium gewandt und eine Zollerhöhung für Schuhwerk verlangt.

Mitteilungen

München. Die Ortsverwaltung hat sich genötigt gesehen, das Mitglied Ludwig Buchmann, geb. 31. März 1884 in Pirmasens, Buch-Nummer 56 081, eingetreten in Pirmasens, wegen restierender Beiträge aus dem Verbande auszuschließen. Das Mitgliedsbuch hat der Betreffende bisher nicht abgeliefert, da er es der RGO. zur Verfügung stellte.

Jugoslawiens Einfuhr an Schuhwaren

Jugoslawien braucht jährlich drei Millionen Paar Schuhe im Werte von 600 Millionen Dinar und fünf Millionen Paar Opanken im Werte von 350 Millionen Dinar. Von diesem Schuhwerk im Werte von nahezu einer Milliarde Dinar werden neun Zehntel im Inlande hergestellt, ein Zehntel aber wird aus dem Auslande bezogen.

Die amtliche Außenhandelsstatistik berichtet zwar, daß im Jahre 1930 Schuhwerk nur im Werte von 51 805 844 Dinar aus dem Auslande eingeführt bzw. verzollt wurde, diese Statistik dürfte aber nicht stimmen, denn die tschechoslowakische Statistik berichtet über eine Ausfuhr nach Jugoslawien im Werte von 40 Millionen Kc (67 Millionen Dinar), die deutsche über 478 000 Reichsmark (6 400 000 Dinar), die österreichische über 756 000 Schilling (sechs Millionen Dinar), so daß nur die Einfuhr aus diesen Ländern nahezu 80 Millionen Dinar beträgt. Insgesamt dürfte es sich um 100 Millionen Dinar handeln.

Trotz des ständigen Steigens des Absatzes ist der Schuhverbrauch anderen Ländern gegenüber noch immer gering. In den Vereinigten Staaten verbraucht jeder Einwohner jährlich durchschnittlich 3,2 Paar Schuhe, in Kanada, trotzdem es ebenfalls ein Agrarland ist, 2,2 Paar jährlich, während in Jugoslawien auf den Kopf der Bevölkerung kaum ein ganzes Paar Lederschuhwerk entfällt.

Dr. E. P., Dresden.

Sprachkurse

Anfang Oktober 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die Winterkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: N. 54, Rosenthaler Straße 13, werktäglich von 2 bis 9 Uhr.

Heiteres aus dem Zeitungsbereich

Eine besondere Merkwürdigkeit liegt darin, daß gewissen Presseskribenten, wenn sie über die Bata-Pläne und Bata-Methoden schreiben, allerlei Unsinn in die Feder fließt. Wer als Fachmann solche Dinge liest, wird oft ungewollt in ein Gelächter versetzt. In jüngster Zeit hat die Firma Bata bekanntlich auch in Nordfrankreich einige Besohlwerkstätten aufgemacht. Die Tagespresse berichtete darüber. Dem staunenden Leser wurden bei dieser Gelegenheit in einem Teil der deutschen Presse folgende Sätze vorgesetzt: „In jeder (Bata-)Filiale gibt es Besohlungsmaschinen (!), die in vier Minuten (!) für 2 Mark (!) Sohlen und Absätze herstellen. Im ersten Halbjahr schätzt man die Einfuhr der Bataschuhe auf 2 500 000 Paar . . ." — Man wird von einem Korrespondenten im heutigen Zeitungswesen nicht voraussetzen können, daß er auf allen Gebieten fachkundig ist, soweit sollte die moderne Tageszeitung aber fortgeschritten sein, daß sie alles, was sich objektiv leicht nachprüfen läßt, erst einigermaßen untersucht, bevor sie es als Nachricht in die Presse bringt.

*

Die „Schuhfabrikanten-Zeitung" verzeichnet ulkig eine andere Nachricht, die in der deutschen Presse Anklang fand, um als wichtig in ihren Spalten veröffentlicht zu werden. — Der bekannte tschechische Schuhindustrielle Bata habe sich, wie in den Tageszeitungen zu lesen war, entschlossen, eine Höhenluftkur im — Fesselballon zu absolvieren. „Aber damit nicht genug, er nimmt ein ganzes Büro mit, um vom Ballon aus die Geschäftsführung in der Hand zu behalten. Das ist wenigstens ein Ulk — so bemerkt die „Schuhfabrikanten-Zeitung" —, über den man in dieser miesen Zeit einmal herzlich lachen kann. In der Zeitungsnotiz heiße es:

> „Dem tschechischen Schuhindustriellen Bata hatten die Aerzte dringend einen längeren Aufenthalt in einem Höhenluftkurort angeraten. Bata wollte jedoch seine Werke nicht so lange verlassen und ließ sich sofort einen Fesselballon bestellen, dessen Korb ganz als Büro mit allen Raffinessen ausgestaltet ist und den er täglich benutzt."

Die Postbeutel werden vermutlich, so meint recht ulkig die „Schuhfabrikanten-Zeitung", durch Fließband auf und ab befördert. Für Besucher sollte eine rollende Strickleiter angebracht sein. Für weitere Vervollkommnungen des luftigen Büros ist der Phantasie freier Spielraum gelassen.

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze

Ein Putsch der österreichischen Heimwehren unter Führung des bekannten Pfriemer, durch die Wachsamkeit der Republikaner rechtzeitig aufgedeckt, ist innerhalb 12 Stunden niedergeschlagen worden. Pfriemer flüchtete nach Jugoslawien. Die Bundesregierung hat verfügt, daß alle Ministerien und Landeshauptämter jene Beamten, die sich an dem Putsch irgendwie beteiligt oder gegen die Putschisten nicht mit aller Entschiedenheit vorgegangen sind, suspendiert.

Wegen der Milderung der Notverordnungen ist von Vertretern der Sozialdemokratie mit dem Reichskanzler verhandelt worden. Es wurden eine Reihe von Aenderungen in Aussicht gestellt, die Verbesserungen für die Arbeitslosen und die Kriegsbeschädigten in sich schließen.

Gegen hohe Pensionen ist eine völlig unzulängliche Verordnung erlassen worden. Die Verordnung sieht eine Kürzung der Pensionen über 12 000 Mark nur in beschränktem Maße vor. Der 12 000 Mark übersteigende Betrag wird um 50 Prozent gekürzt, wenn der Pensionsinhaber seine Stelle nicht länger als ein Jahr bekleidet hat, um 40 Prozent bei zwei Jahren, um 30 Prozent bei drei Jahren, um 20 Prozent bei vier Jahren und um 10 Prozent bei fünf Jahren.

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, das Mitte Juli eingesetzt hatte, hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt seit Mitte August etwas langsamer fortgesetzt als in der ersten Hälfte des Monats. Am 31. August 1931 waren bei den Arbeitsämtern 4 195 000 Arbeitslose gemeldet.

Die Reichsregierung hat für die Arbeitsdienstpflicht eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Diese Million zahlt das Reich an die Landesarbeitsämter als Zuschuß für diejenigen Jugendlichen, die noch keine Erwerbslosenunterstützung beziehen.

Die Textilunternehmer haben zu Ende Oktober ihre sämtlichen Tarife gekündigt. Die Kündigung ist anscheinend auf „höheren Befehl" erfolgt, um den Generalangriff auf die Arbeiterlöhne zu eröffnen.

Das Berliner Zentralwohnungsamt hat die Wohnungszwangswirtschaft weiter gelockert. Es wird vom 1. Oktober an alle Wohnungen, deren Friedensmiete mehr als 600 Mark beträgt, von der Zwangsbewirtschaftung befreien. Dem Wohnungsamt unterstehen dann also nur noch Wohnungen, deren monatliche Friedensmiete bis zu 50 Mark beträgt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung betrug im Durchschnitt des Monats August 134,9 gegen 137,4 im Monat Juli.

Die Zollunion Deutschland-Oesterreich ist gescheitert. Der Haager Gerichtshof hat zwar zugunsten Deutschlands, aber zu ungunsten Oesterreichs entschieden. Das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 steht angeblich einer Zollunion Oesterreichs mit Deutschland entgegen. Die Außenminister Schober und Curtius haben daraufhin im Europa-Ausschuß in Genf erklärt, daß sie die Zollunion nicht weiter betreiben werden.

Frick hat in einer Versammlung in Hannover für den 13. Oktober die Rückkehr der Nationalsozialisten in den Reichstag angekündigt; sie wollen mit aller Macht Brüning stürzen.

Den Diktaturanbetern ist ein neuer Schlag versetzt worden. Südslawien, das seit zwei Jahren unter den Folgen des Staatsstreichs und der Diktatur seufzt, soll wieder ein demokratisch-parlamentarischer Verfassungsstaat werden. In einer Rede, mit der König Alexander am 2. September den Kronrat eröffnete, erklärte er, er sehe die Zeit für die Rückkehr zum parlamentarischen System für gekommen.

Neuer Naziminister in Braunschweig. Die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste haben beschlossen, nun doch den von den Nationalsozialisten präsentierten Ministerkandidaten Klagges zu wählen, obwohl sie erst am Dienstag einstimmig beschlossen hatten, auf keinen Fall einem Nationalsozialisten ihre Stimme zu geben.

Auf der Völkerbundsversammlung erklärte der italienische Außenminister Grandi im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz, daß die Abrüstungsfrage das dringendste Problem des Völkerbundes sei. Nur nach seiner Lösung könne eine gerechte Regelung der Schulden- und Reparationsfrage durchgeführt werden.

Mehrheit für Mac Donald. Nach einer mehrstündigen Debatte sprach das englische Unterhaus mit 308 gegen 250 Stimmen sein Vertrauen für die neue Regierung aus. Das Ergebnis wurde mit großem Beifall von der Mehrheit aufgenommen.

Verbandstag des Werkmeisterverbandes der Schuhindustrie

Der Werkmeisterverband der Deutschen Schuhindustrie hielt vom 8. bis 11. August in Pirmasens, der Zentrale der deutschen Schuhindustrie, seinen Verbandstag ab. Nach den Begrüßungsansprachen erstatteten die beiden Geschäftsführer Pfeiffer und Bauer den Geschäfts- und Kassenbericht. Für den AfA-Bundesvorstand sprach Kollege Suhr zur Begrüßung, der außerdem ein Referat über „Die Krisis der Gegenwart und ihre Auswirkungen auf die Angestelltenschaft" hielt. Im Anschluß an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der internationale Verständigung und die schärfste Wirtschaftskontrolle als wichtigste Forderungen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik bezeichnet wurden. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die nunmehr schon rund ein Jahr lang in den Kreisen der Werkmeister diskutierte Frage des Anschlusses des Werkmeisterverbandes der Schuhindustrie an den Deutschen Werkmeister-Verband. Deshalb nahm an der Tagung der Kollege Buschmann vom DWV teil, der in ausführlicher Rede die Vor- und Nachteile abwog, die sich im gegenwärtigen Augenblick der Wirtschaftskrise für das einzelne Mitglied des Werkmeisterverbandes der Deutschen Schuhindustrie aus einem Anschluß an den DWV ergeben. In der ausführlichen Debatte, die fast zwei Tage dauerte, nahmen alle Delegierten zweimal das Wort. Schließlich fiel bei der Abstimmung mit nahezu Zweidrittelmehrheit die Entscheidung gegen den Anschluß aus. Den Ausschlag haben die Stimmen der Pirmasenser Kollegen gegeben, die an ihrer alten Tradition hängen und die Selbständigkeit ihrer Organisation nicht preisgeben wollen. Welches Leben in dem Ortsverein Pirmasens herrscht, zeigte die wohlgelungene Festveranstaltung, die zu Ehren des Kongresses abgehalten wurde. — Aus der Ablehnung des Anschlusses an den DWV ergaben sich auch eine Reihe notwendiger finanzieller Maßnahmen; es wurde u. a. ein besonderer Notbeitrag für die Erwerbslosen in Höhe von 1 RM eingeführt.

Z.

Adressenänderung

Ab 1. Oktober 1931 lautet die Adresse: Vorsitzender des Verbands-Ausschusses: August Steiner, Stuttgart, Bismarckstraße 132, II.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 20. bis 26. September ist der 39. Beitrag fällig

Betrifft: Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Zähltag ist Samstag, der 26. September. Da mit diesem Monat das 3. Vierteljahr abschließt, ist eine restlose Erfassung aller Zahlstellen unbedingte Notwendigkeit. Sämtliche Ortsverwaltungen wollen darum besorgt sein, daß die Berichterstattung pünktlich erfolgt und die Berichtskarte nicht etwa erst mit der Abrechnung — das wäre verspätet — eingesandt wird. Die Zählkarten sind immer direkt, d. h. einzeln zu senden, weil oftmals mit anderen Sendungen Verzögerungen eintreten können und dadurch unliebsame Mahnungen notwendig werden. Ausfallende Berichte mindern den Wert der Statistik, was jeder Bevollmächtigte stets bedenken sollte. Das der Sendung beigefügte Rundschreiben ist genau zu beachten und darnach zu handeln.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Trefflich, Nürnberg 4 (Abholfach). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).

Anzeigen

Innungskrankenkasse
der Allgemeinen Schuhmacherinnung Nürnberg.

Am Freitag, den 2. Oktober 1931, abends 7.30 Uhr findet im Nebenzimmer der Gaststätte „Goldener Bär", Brunnengasse 10,

Ausschußsitzung

statt.

Tagesordnung: Dienstordnungsänderungen.

Zu dieser Sitzung werden hiermit die Vertreter im Ausschuß eingeladen.

Nürnberg, den 18. September 1931.

Der Vorsitzende des Vorstandes: Andreas Steinbrecher.